:antifaschistische nachrichten Nr. 19

g 3336 17.9.2015 31. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Internationale Solidarität statt völkischem Patriotismus! Refugees welcome!

14000 auf Demonstrationen und Kundgebungen des HH Bündnis' gegen Rechts

Die Nazis und Hooligans konnten in Hamburg nicht marschieren! Dank EUCH!

Die hamburgische Zivilgesellschaft hat heute einen großartigen Erfolg errungen.

Schon, dass es überhaupt zu einer Verbotsverfügung gegen den geplanten Aufmarsch von Nazis und rechten Hooligans in Hamburg gekommen ist, ist der erste Erfolg der entschiedenen Mobilisierung von über 630 Initiativen und Organisationen. Im Aufruf des Hamburger Bündnis' gegen Rechts hatten wir gesagt, dass wir den Protest dort hintragen werden, „wo die RassistInnen ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten wollen", und dass wir den Naziaufmarsch notfalls durch Blockaden verhindern werden.

Auch, dass der Senat nach Wochen des Schweigens gegenüber der von rassistischen Hetzparolen und Menschenfeindlichkeit geprägten faschistischen Mobilisierung im letzten Moment entschieden hat, sich mit „Hamburg bekennt Farbe", öffentlich zu positionieren, ist ohne unseren angekündigten Widerstand kaum denkbar.

14 000 Menschen haben heute durch die Teilnahme an den Demonstrationen und Kundgebungen des HBgR deutlich gemacht, dass wir in Hamburg den Nazis und Hooligans kein Fußbreit überlassen werden. Nicht heute, nicht morgen und an keinem anderen Tag.

DANKE! MERCI! THANK YOU! ŞUKRAN! TEŞEKÜR EDERIM!

Hamburger Bündnis gegen Rechts
www.keine-stimme-den-nazis.org
Hier findet sich auch eine ausführliche Bildergalerie

Die Hamburger Polizei hatte die Hooligan-Demo verboten, weil sie schwere Ausschreitungen befürchtete. Es seien nicht genügend Polizeikräfte verfügbar, so die Begründung. Die Polizei ging von bis zu 3000 Teilnehmern der rechtsextremen Demo und rund 15 000 Gegendemonstranten aus. Das Verwaltungsgericht lehnte eine Beschwerde des Anmelders der Hooligan-Versammlung gegen das Verbot ebenso ab wie am Freitag das Oberverwaltungsgericht. Der Anmelder wandte sich danach an das Bundesverfassungsgericht, das diese Entscheidung in einem Eilverfahren überprüfte. Am späten Freitagabend kam dann die Entscheidung aus Karlsruhe: Die Neonazi-Demo bleibt verboten.

Quelle: NDR.de

„Compact" rausgeflogen

Die Handelsketten Edeka und Thalia haben das rechte Monatsmagazin „Compact" aus ihrem Sortiment genommen. Als Begründung führen die Firmen an, dass „Compact" von etablierten Medien als „rechtspopulistisch" eingestuft wird. „Compact"-Verleger Kai Homilius verurteilte diese Maßnahme als Anschlag auf die Pressefreiheit.

hma ■

Zusammenarbeit beendet

KIEL. Die CDU in Kiel hat in einem Schreiben an alle örtlichen Mitglieder der „Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung" (OMV) klargestellt, dass es künftig keine gemeinsamen Veranstaltungen der CDU-Gliederung OMV mit der „Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft" (SWG) mehr geben werde. Dies war vorab von der OMV Kiel in Absprache mit der Kieler CDU so beschlossen worden, um „Missverständnisse" künftig zu vermeiden. Zugleich wurde die Einladung für einen Vortrag am 4. September über den Tod Uwe Barschels zurückgenommen. Verschiedene Medien hatten zuvor über einschlägig rechte Referenten und Themen auf Veranstaltungen der SWG berichtet.

hma ■

NPD-Mahnwachen in NRW

NRW. Die NPD hat am 1. und 2. September „Mahnwachenkundgebungen" in sechs NRW-Städten durchgeführt. Unter dem Motto „Asylflut stoppen! Wir sind nicht das Sozialamt der Welt!" fanden Kundgebungen in Essen, Wattenscheid, Wanne-Eickel, Wuppertal, Velbert und Hattingen statt. Als Redner vor einem recht überschaubaren Teilnehmerkreis traten auf den Kundgebungen der NPD-

Landesvorsitzende Claus Cremer, die stellvertretende NPD-Landesvorsitzende Ariane Meise, der Essener NPD-Stadtverordnete Stefan Anthofer, die Duisburger NPD-Stadtverordnete Melanie Händelkes und Melanie Dittmer von der „Identitären Aktion“ auf.

hma ■

„ef“-Konferenz auf Usedom

Zinnowitz/Insel Usedom. Die rechtsliberale Zeitschrift „eigentümlich frei“ (ef) will vom 20. bis 22. November im Hotel Baltic in Zinnowitz eine „große liberale Richtungsdebatte“ durchführen. Unter dem Motto: „Abgrenzung und Bündnisoptionen: Linke, Rechte, Libertäre, Reaktionäre – wer mit, wer gegen wen ?“ werden zahlreiche Redner erwartet die auch zum Autorenkreis dieser Zeitschrift gehören. „ef-Autoren vermessen auf einer Insel den liberalen und vielleicht auch konservativen Kurs“, heißt es in der Werbung für die Konferenz. Zu den angekündigten Rednern gehören u.a. Bruno Bandulet, der früher dem rechtsgewirkten „Bund freier Bürger“ angehörte, der „Junge Freiheit“-Autor Martin Lichtmesz und Klaus Rainer Röhl, Kolumnist in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt“.

hma ■

Zynismus und Niedertracht der Herrschenden kennen keine Grenzen!

Österreich. Als vor einigen Monaten einige Hundert Flüchtlinge im Mittelmeer ums Leben kamen, fand auf dem Wiener Minoritenplatz eine rasch organisierte Gedenkkundgebung statt, auf der sich auch die Regierung hineindrängte. Betroffene Gesichter wurden gezeigt, reale Verbesserungen für Flüchtlinge gab es nicht (genau das wurde auch am Abend im ORF vom Leiter der Außenpolitik prognostiziert). Im Gegenteil: was sich rund um Traiskirchen abspielt, spottet jeder Beschreibung. Um es drastisch zu formulieren: wenn ich die widerlichen Verdrehungen der Innenministerin höre, geht mir das Geimpfte auf!

Jetzt rund um die Tragödie auf der Autobahn im Burgenland, die über 70 Menschen das Leben kostete, droht sich das Ganze zu wiederholen. Da wird nur von „Verfolgung der Schlepper“ geredet, obwohl offenkundig ist, dass Schlepper ein Symptom, eine Folgeerscheinung und nicht die Ursache der Flüchtlingsströme sind. Oder es werden „Erstaufnahmezentren“ an den „Rändern“ ins Spiel gebracht, um Europa noch mehr abzuschotten – die blaubraune FPÖ will sie überhaupt in Asien oder Afrika errichten, damit die Flüchtlinge leichter zurückgeschickt werden können.

1956, nur wenige Jahre nach dem 2. Weltkrieg und seinen fürchterlichen Zerstörungen, als der ungarische Volksaufstand von der Roten Armee niedergewalzt wurde und Hunderttausende nach Österreich flohen, gab es eine Welle der Hilfsbereitschaft – oben und unten. Jetzt gibt es viel Solidarität von unten – aber oben nur Zynismus und Niedertracht.

Die – radikale – Linke wäre gut beraten, umfassend, gemeinsam und international auf die Flüchtlingsfrage zu antworten. Mit unmittelbaren Antworten (z.B. Soli-Komitees), konkreter – materieller und politischer – Hilfe und mittel- und längerfristigen Perspektiven. Denn die tiefersitzenden Ursachen der anwachsenden Flüchtlingsströme sind: Krieg, Repression, Armut und ökonomische Unterentwicklung durch Kolonialismus und Imperialismus- auch in seiner EU-Variante.

Hermann Dworczak ■

Zehntausende für Asylrecht und gegen Fremdenfeindlichkeit in Wien

Wien. Gestern, Montag den 31. August, fand in Wien eine Riesen-Demo zur Unterstützung der Flüchtlinge und gegen Fremdenhass statt: Einige zehntausend Menschen – wahrscheinlich waren es 40 000 oder mehr! – gingen vom Westbahnhof über die Mariahilferstraße bis zum Parlament. Es war eine echte Freude, Massen von – vor allem, aber nicht nur – jungen Menschen zu sehen, die sich für Humanität, und konkrete Hilfe für Flüchtlinge aussprachen und sich dagegen verwehrten, dass „Europa zu einem Massengrab wird“.

Während die offizielle Politik weiter fest auf Abschottung setzt – der blaubraune Rattenfänger Strache will sogar wie Orban in Ungarn einen Zaun errichten (sic!) – war von unten ein ganz anderes Signal zu vernehmen: für ein offenes Österreich, in einem weltoffenen Europa – und keine „Festung“!

Der Sozialdemokratie und dem ÖGB, beide waren nur recht schwach, wenn überhaupt auf der Demo präsent, sei ins Stammbuch geschrieben: Macht Euch vor dem Fremdenhass und der FPÖ nicht in Hose! Es stimmt einfach nicht, dass man die widerliche, fremdenfeindliche Krot schlucken muss, um „nicht Unterstützung und Stimmen zu verlieren“. Die gestrige Demo war einmal mehr ein Beweis, dass es genügend fortschrittliche Kräfte gibt, die bereit sind konkret zu helfen und sich nicht scheuen, den Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit aufzunehmen.

Ja – die Demonstration hatte auch ihre inhaltlichen, politischen Grenzen. Etliches wurde nur angetippt, zentrale Akteure der Abschottungs-Politik wurden nicht konkret beim Namen genannt. Aber es wäre nichts als ultralinkes Sektierertum, das zum Hauptgegenstand der Debatten zu machen. Die – radikale – Linke sollte sich jetzt vielmehr endlich aufraffen, GEMEINSAM und INTERNATIONAL in der Flüchtlingsfrage aktiv zu werden und so politische Defizite zu überwinden .

Hermann Dworczak ■

Grenzschließung löst keine Probleme

„Grenzschließungen und politische Alleingänge lösen keine Probleme. Die Entscheidung, die Grenze zwischen Österreich und Deutschland dichtzumachen, ist in der jetzigen Situation eine gefährliche Hauruck-Aktion die wohl dazu dienen soll, beim heutigen EU-Flüchtlingsgipfel Druck auf die anderen Mitgliedstaaten auszuüben. Wir haben also keine ‚nicht mehr zu beherrschende Notlage‘ wie Ministerpräsident Seehofer behauptet. Die Leidtragenden dieser Machtpolitik sind erneut die Flüchtlinge“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Einführung von Grenzkontrollen zwischen Österreich und Deutschland. Jelpke weiter:

„Letzte Woche versprach Kanzlerin Merkel noch offene Einreisewege und eine großzügigen Aufnahme von Schutzsuchenden, wenige Tage später sind nun die Grenzen dicht. Ein solch inkonsequentes und kopfloses Verhalten lässt die Flüchtlinge in völliger Unsicherheit und Hilflosigkeit an den Grenzen zurück.

Es muss heute in Brüssel endlich eine gemeinsame Lösung gefunden werden – wir dürfen die Flüchtlinge jetzt nicht im Stich lassen. Auf dem EU-Gipfel sollte die menschenwürdige Aufnahme und Versorgung der Flüchtlinge ganz im Vordergrund stehen – und nicht weitere Abschottungsmaßnahmen oder der längst zum Scheitern verurteilte Streit um Verteilungs- und Aufnahmequoten. Die Flüchtlinge wollen verständlicherweise dort Asyl beantragen, wo sie beispielsweise Familie haben oder die Sprache sprechen. Es muss ein Weg gefunden werden, diese individuellen Bedürfnisse von schutzsuchenden, teils schwer traumatisierten Menschen zu berücksichtigen.“

Ulla Jelpke, MdB ■

Den NSU-Prozess öffnen und ent-grenzen

Wie viel Macht steckt in der Architektur des Gerichtssaals, wo der NSU–Prozess stattfindet? Wer erzählt was über den NSU und wessen Sichtweise wird gehört? Wer berichtet zum Prozess aus welchen Motiven? Und warum diskutieren so viele über den NSU, ohne über Rassismus in der Gesellschaft zu sprechen?

Der Blog *nsuprozessentgrenzen* stellt wichtige Fragen. Und er gibt mögliche Antworten.

Der Blog will nicht nur über den Prozess selbst informieren, sondern er will analysieren, nämlich die Art und Weise, wie berichtet wird. Ein tolles Angebot, aber es wird klar: Der Blog zum NSU-Komplex bleibt mit seiner Analyse komplex. *nsuprozessentgrenzen* behandelt „Macht– und Herrschaftsverhältnisse“, „die Rolle von Recht und Raum“ und „Narrative“ – alles keine Alltagsworte und nicht so einfach zu lesen wie Zeitungsartikel.

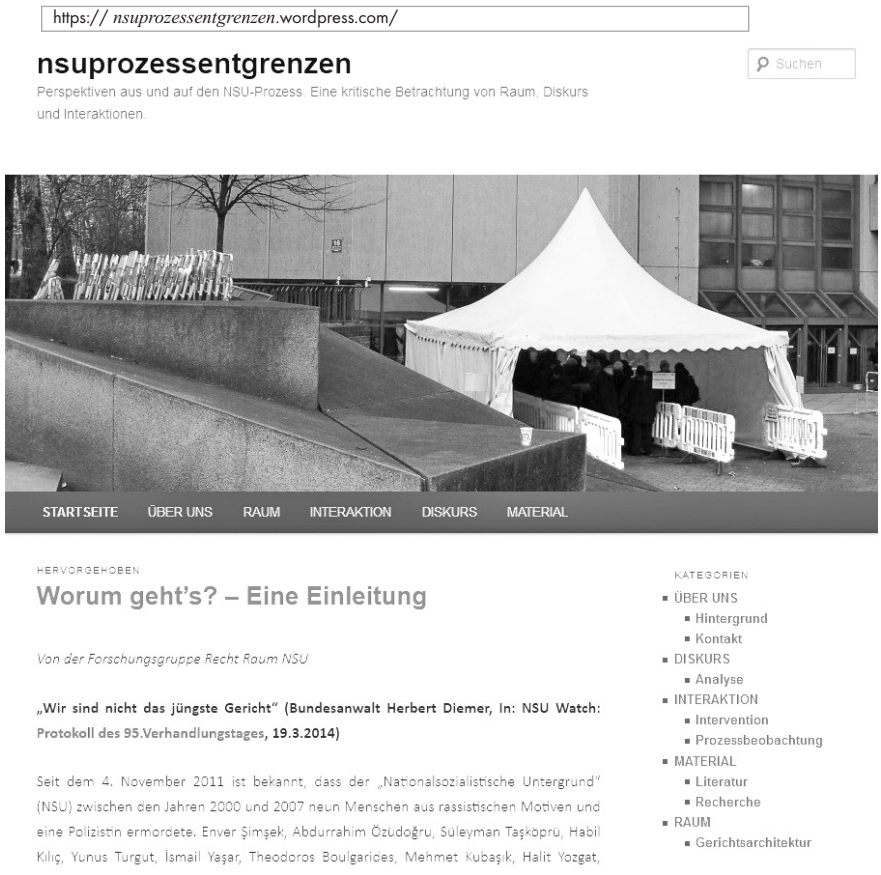
Denn der Blog will den NSU-Prozess als „Raum“ und „Diskurs“ ent-grenzen und in Zusammenhänge setzen. Der NSU-Prozess wird aber nicht nur als Raum, den man ermessen kann, in Form des Gerichtssaals A101 im Münchner Strafjustizzentrum, analysiert und der Diskurs nicht nur als die Berichte der Medien etwa darüber, dass Zschäpe ein vierter Verteidiger zur Seite gestellt wurde. Stattdessen ist der Ausgangspunkt des Blogs, den NSU-Prozess als größeren sozialen Raum zu verstehen: Alles, was Beteiligte und völlig Unbeteiligte zum NSU-Prozess posten, wie sie sich verhalten oder auch „sich-nicht-verhalten“, etwa dann, wenn ihnen der NSU-Prozess völlig egal ist, das alles bildet den „Raum“ und „Diskurs“ des NSU-Prozesses. Teile davon sind zum Beispiel auch die Gedenktafeln an den Tatorten der NSU-Morde, die Verstrickungen des Verfassungsschutzes im Umfeld des NSU als auch dessen Vertuschungsversuche durch Aktenschreddern oder die Verkaufszahlen von Büchern zum NSU-Komplex. Und genau dieser Raum und Diskurs zum NSU-Prozess soll auf dem Blog *nsuprozessentgrenzen* kritisch untersucht werden.

Der Blog wird von der „Forschungsgruppe Recht Raum NSU“ besorgt.

Sie kritisiert:

Erstens die „Leitmedien“ dafür, dass sie nicht kritisch über den NSU-Prozess berichten.

Zweitens die Öffentlichkeit, vor allem die weiße Öffentlichkeit in Deutschland, dafür, dass sie „eingeschlafen“ sei. Das öffentliche „Sich-nicht-verhalten“ zum Skandal NSU, weil viele nicht wirklich Aufklärung wollen.



Drittens das Problem, dass es keine wissenschaftliche Begleitung geschweige denn Analyse des NSU-Prozesses gibt.

Aus all dieser Kritik folgt für die Betreiber_innen: Einen Blog zu starten und dort eine wissenschaftliche Begleitung zumindest zu versuchen. Die Art der wissenschaftlichen Analyse erinnert mich an die Diskurstheorie des französischen Theoretikers Michel Foucault. Der Blog de-konstruiert den NSU-Prozess, er baut ihn auseinander, zerlegt ihn in Einzelteile und setzt diese in Verbindung zu anderen Themen. Die besondere Leistung ist, dass zum Beispiel der Zusammenhang zu Racial Profiling bei den Ermittlungen zur NSU-Mordserie hergestellt und auch eine Perspektive vom Institute of Race Relations aus London auf den NSU-Prozess dort veröffentlicht wird. Die Frage ist: Warum ist der NSU-Prozess so, wie er ist? Wer spielt aus welchen Gründen da mit? Die Annahme in der Diskurstheorie ist: Macht steckt überall drin. Wer wie viel Macht hat, ist entscheidend in der Berichterstattung, der Sitzordnung im Gerichtssaal und dafür, wie die Anklage lautet. Mit der Diskurstheorie kann man Macht erkennen und vor allem Rassismus aufzeigen und kritisieren. Der Blog versucht den NSU-Prozess und wie er gesellschaftlich verhandelt wird zu reflektieren und zu problematisieren.

Die Forschungsgruppe, die den Blog *nsuprozessentgrenzen* besorgt, diskutiert Rassismus in Artikeln, Videos sowie Interviews, zum Beispiel mit Vertreter_innen der Nebenklage aus dem NSU-Prozess. Der Blog bietet auch kurze, leicht verständliche Erfahrungsberichte und Filme. Unter der Kategorie „Raum“ finden sich Einsichten in den NSU-Prozess in Form eines selbstgezeichneten Erklärfilms, der die Prozessbeteiligten vorstellt und ihre jeweilige Sitzposition mitsamt ihrer Sichtperspektive im Gerichtssaal.

nsuprozessentgrenzen bietet so die Möglichkeit für alle, die es nicht selbst in den Gerichtssaal zieht, sich ein differenzierteres Bild zu machen und regt zum kritischen Nachdenken über den Umgang mit dem NSU-Komplex und seiner gerichtlichen, parlamentarischen, gesellschaftlichen und institutionellen Aufarbeitung an.

Nora Zirkelbach, 10. September 2015; http://antifra.blog.rosalux.de/ ■

„Nach den Rechten schauen – Kein Nazitreffen in Eschede“

Deutscher Gewerkschaftbund Nord-Ost Niedersachsen und Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus rufen auf zur Demonstration und Kundgebung am 26.09.2015 auf.

Am 26.09. findet in Eschede eine Demonstration mit anschließender Kundgebung statt. Den Auftakt bildet um 13.00 Uhr eine kurze Kundgebung an der Kreuzung Am Glockenkolk / Bahnhofstraße. Im Demonstrationszug geht es anschließend zur Kreuzung Am Dornbusch / Zum Finkenberg, wo die Hauptkundgebung stattfindet. Wenn diese beendet ist geht es gemeinsam zurück zum Bahnhof. Die Veranstaltung endet gegen 17.00 Uhr.

Wir rufen dazu auf sich an der Demonstration und den Kundgebungen zu beteiligen, um wieder ein deutliches Zeichen gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und neonazistisches, menschenverachtendes Treiben zu setzen.

Leider hat es sich bewahrheitet, dass trotz Verkleinerung des Grundstücks von Joachim Nahtz und trotz des Brandes im Vorjahr die unsägliche Tradition der Nazitreffen zu sogenannten Brauchtumsfeiern auf Hof Nahtz fortgeführt wird. So ist zu befürchten, dass am 26.09. bei Nahtz ein Erntefest der Nazis stattfinden wird.

Bereits zur sogenannten Wintersonnwendfeier 2014 kamen lt. Polizeiangaben 40 bis 50 Personen bei Nahtz zusammen. Es wurde das Ende der Aufräumarbeiten nach dem Brand im August 2014 gefeiert mit einer Sonnwendfeier als Abschluss. Der Brand selber entstand, als Nahtz mit „Kameraden“ seinen vollgrümpelten Hof aufräumen wollte und Unrat verbrannt wurde. Funkenflug war wohl die Brandursache. Monatelang danach trafen sich an den Wochenenden darauf „Kameraden“ um sogenannte „Brandopferhilfe“ zu leisten, unter Federführung von Manfred Börm, ein bereits all die Jahre vorher gerne gesehener Gast bei Nahtz. Familie Börm ist seit Jahren „berühmt–berüchtigt“ in der Neonaziszene. Der Bauunternehmer aus Handorf bei Lüneburg Manfred Börm wurde bereits in den frühen 1970er Jahren in der Szene der extremen Rechten aktiv und beteiligte sich an Aktionen der rechtsterroristischen Untergrundorganisation „Wehrsportgruppe Werwolf“. Als „Gauleiter“ in Niedersachsen führte er die Wiking-Jugend bis zu ihrem Verbot 1994 mit an. Er leitete jahrelang den Ordnertrupp der rechten Szene, dessen Aufgabe es war Aufmärsche und Veranstaltungen zu sichern und dabei nicht zimperlich vorging.

Anfang August 2015 waren Manfred Börm und sein Sohn Alf Gäste bei einer Hochzeit Jameler Neonazis. Jamel hat eine traurige Berühmtheit erlangt als „Nazi-Dorf“ in Mecklenburg-Vorpommern, sieben von zehn Häusern sind von Rechten bewohnt. Unser Dorf soll schöner werden im Sinne der extremen Rechten heißt in Jamel: ein „Gemälde“ mit der Aufschrift „Dorfgemeinschaft Jamel – frei, sozial und national“, Runen sowie ein Außengrill in Form eines KZ-Verbrennungsofens. Einer der Trauzeugen des Brautpaares war das Jameler politische Oberhaupt Sven Krüger.

Alleine am Beispiel Börm wird deutlich, dass die Treffen bei Nahtz keine Kaffekränzchen sind. „Die Sonnenwendfeiern sind für die Szene nicht bloß Anlass, Met im Feuerschein zu genießen. Alte heidnische Bräuche gehören schon seit der völkischen Bewegung 1871 zur ideologischen Selbstlegitimation. Am Feuer werden Rituale und Beschwörungen praktiziert, um mit sich, der Natur und dem „eigenen Volk“ eins zu werden. Das Heidentum ist für die Szene der „arteigene Glaube“, anders als das Christentum, in dem jeder Mensch als gleichwertig betrachtet und Mitgefühl gelebt wird. Für militante Rechtsextreme ist das nichts. „Das gemeinsame Verweilen an der Glut des Sonnenwendfeuers“ stärke das Zusammengehörigkeitsgefühl und gebe „neue Kraft für jene Taten, die unser Volk wieder zu dem erwachsen lassen, das es einstmals war“, erklärte vor Jahren der regionale Kameradschaftsführer Dennis Bührig bei einer Wintersonnenwendfeier.

Edda Schmidt, langjährige NPD-Aktivistin, wurde auf der Webseite der „Düütschen Deerns“ deutlich: „In unseren Festen ist trotz der Überfremdung (...) die Weltanschauung des nordischen Menschen (...) erhalten geblieben.“ Die „Brauchtumspflege“ sei das Bollwerk gegen „Umerziehung“. Im Verlauf der Sonnenwendfeiern werden Reden vor dem im Kreis stehen Anhängern gehalten, Kinder und Jugendlichen tragen oft Gedichte vor.“ (A. Speit in TAZ vom 20.12.2014)

Im Sommer dieses Jahres fand dann erwartungsgemäß die Sommersonnwendfeier statt. Heroisch und martialisch inszenierten sich die Nazis, mit Fahnen, Fackeln, Sonnwendfeuer, Baumstammweitwurf und ähnlichen „Sportarten“. Das Ganze, untermalt mit theatralischer Musik, wurde dann ins Netz gestellt. In diesen Filmchen ist dann deutlich zu erkennen, dass das Gelände von Joachim Nahtz locker für solche Großevents ausreicht, über 60 Personen trafen sich bei ihm am 20. Juni aus ganz Norddeutschland, darunter auch wieder erschreckend viele Kinder und Jugendliche. Das Gelände bietet augenscheinlich ausreichend Platz für Zelte, in denen Propaganda neben Marmeladengläsern zu sehen ist.

Es scheint also das weitergeführt zu werden was wir schon seit Jahren beobachten:

Bei Nahtz wird das Nazi-Lebensgefühl in all seinen Facetten zelebriert: neben Musik, Tanz und Sport sowie Essen und Trinken vor allem politische Indoktrination, Vernetzung, Kontakte knüpfen und pflegen. Damit ist Hof Nahtz wieder das, was er war, wenn auch kleiner, nämlich ein wichtiger Bestandteil im Verbund der extremen Rechten, ein bei Nazis beliebter Treffpunkt. Für diese Beliebtheit sorgt unter anderem, dass Hof Nahtz so schön abgelegen und ruhig ist. Es lässt sich also hervorragend ungestört das Nazilebensgefühl in vollen Zügen ausleben.

Aber genau das wollen wir ihnen nehmen: die Ruhe und die Ungestörtheit, Deshalb rufen wir zur Demonstration und den Kundgebungen am 26.09.2015 auf:

Lasst uns nach den Rechten schauen!

Lasst uns unruhig und störend sein!

Schluss mit den Nazitreffen!

Quelle: Pressemitteilung Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus 09.09.2015 ■

Of Hope. Ungarn und der lange Sommer der Migration

Bahnhof Budapest Keleti, in der Nacht von Freitag, 4. September auf Samstag 2015. Kurz nach Mitternacht. Busse des öffentlichen Nahverkehrs kommen an, von Ungarns Regierung geschickt, um die Flüchtlinge, die dort seit rund einer Woche campieren, an die ungarisch-österreichische Grenze zu bringen. Noch misstrauisch, ob es sich erneut um einen hinterhältigen Trick der Regierung handelt, warten viele Flüchtlinge erst einmal ab. Doch langsam besteigen sie die Busse und machen sich wieder auf den Weg, an die nächste Grenze. Nach Tagen des Ausharrens sind sie wieder unterwegs, und nach Tagen brüllender Hitze setzt plötzlich, als ob auch das Wetter einen Schlussstrich unter diese Woche der Kämpfe setzen will, leichter Regen ein.

Im Laufe der Nacht und am darauf folgenden Tag überschreiten mehr als 10 000 Flüchtlinge die österreichische Grenze. Österreich und Deutschland hatten sich bereit erklärt, sie einreisen zu lassen. Viele weitere machen sich auf den Weg. Wir wollen in diesem Artikel rekapitulieren, was sich in der Woche in Ungarn und Europa zugetragen hat und einschätzen, was es für die Zukunft des europäischen Migrations– und Grenzregimes bedeutet.

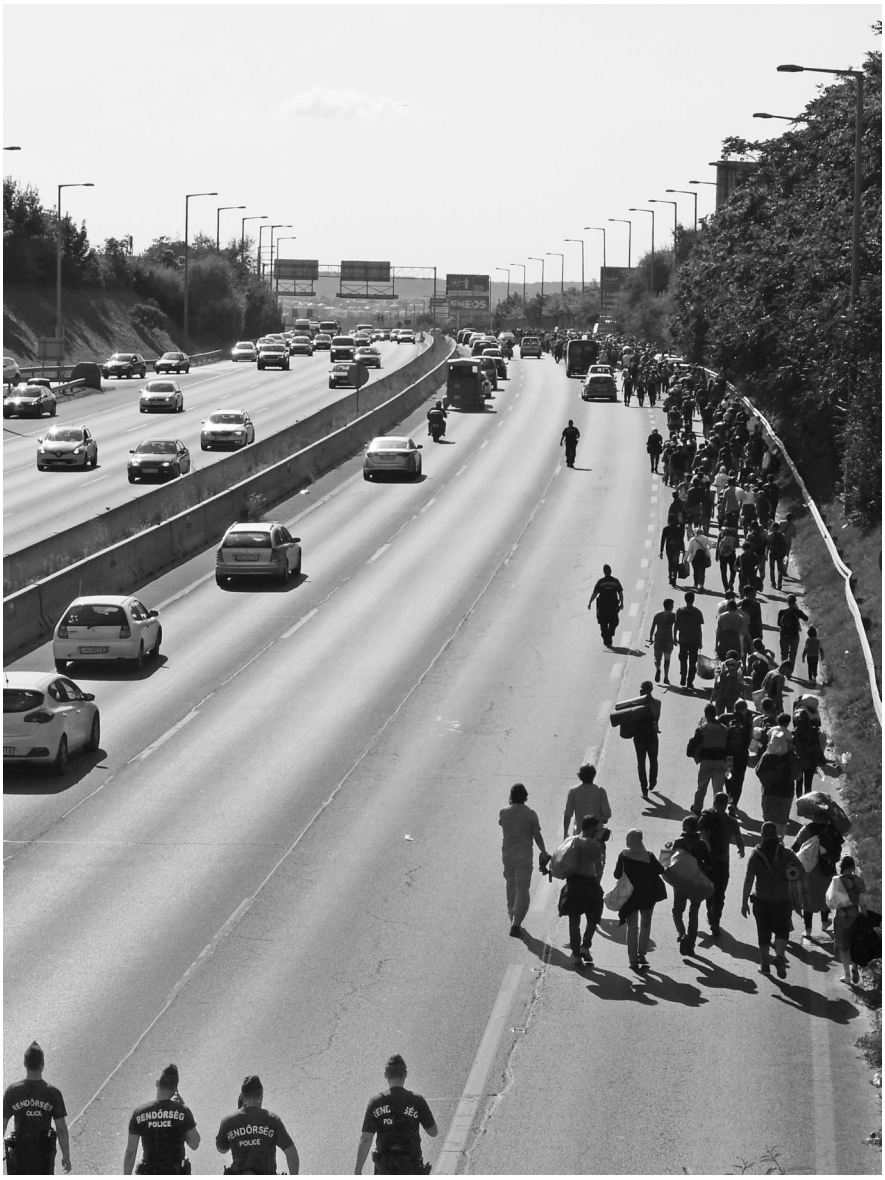


Foto von Migrant Solidarity Group of Hungary (http:// MigSzol.com)

Ungarns Position im EU-Grenzregime

Seit dem faktischen Ausscheiden Griechenlands aus dem Dublin-System im Jahr 2011 stellt Ungarn den südlichsten Schengen– und Dublinstaat im Südosten der EU dar, da sich der Schengenbeitritt Rumäniens und Bulgariens beständig hinauszögert. Die aktuell gängige Route, die Flüchtlinge auf dem Weg aus der Türkei in den Norden der EU einschlagen, führt über die Nicht-EU-Staaten Mazedonien und Serbien. Wenn auch rechtlich nicht unumstritten ist Ungarn daher zumindest auf dem Papier für die Durchführung der meisten Asylverfahren der Flüchtlinge verantwortlich, die über den Balkan reisen. Auffällig viele Flüchtlinge berichteten uns gegenüber über Misshandlungen durch die ungarische Polizei direkt nach dem Grenzübertritt aus Serbien: Die Flüchtlinge werden nach dem Grenzübertritt routinemäßig für einige Tage inhaftiert, auch Frauen mit kleinen Babys, offiziell zur „Registrierung“. Doch selbst anerkannte Flüchtlinge sind in Ungarn regelmäßig von Obdach– und Arbeitslosigkeit betroffen. Die allgemein schlechte wirtschaftliche Lage in Ungarn, welches stark von der Finanzkrise 2008 betroffen war, betrifft auch Flüchtlinge. Hinzu kommt die nationalistische und offen rassistische Orientierung der ungarischen Regierung unter Viktor Orbán. Ihre Abneigung gegenüber Flüchtlingen stellte die Regierung erst kürzlich sogar ganz öffentlich und landesweit auf Plakaten zur Schau: „Wenn du nach Ungarn kommst, darfst du den Ungarn keine Jobs wegnehmen“ stand da etwa zu lesen.

Im Juni 2015 machte die ungarische Regierung einen offensiven Schritt nach vorne: Es wurde öffentlich verkündet, dass aus „technischen Gründen“ keine Dublin-Rücküberstellungen mehr akzeptiert werden würden. Diese Ankündigung musste nach erheblichem Druck, vor allem von Österreich, allerdings schon einen Tag später wieder zurückgenommen werden. Sie diente wohl vor allem dazu, Druck auf den EU-Gipfel am 25./26. Juni auszuüben, auf dem es auch um die Asyl– und Migrationspolitik gehen sollte und bei der die Ergänzung Dublins durch ein freiwilliges Quotensystem diskutiert wurde. Weiterhin war zum damaligen Zeitpunkt bereits der Bau eines rund 175 km langen Zaunes an der Grenze zu Serbien angekündigt worden, was innerhalb der EU massivst kritisiert wurde.

Nachdem seit dem Frühling 2015 die Ankunftszahlen in Griechenland immer weiter gestiegen waren und sich immer mehr Flüchtlinge über die Balkan-Route auf den Weg nach Norden machten, kamen auch immer mehr Flüchtlinge in Ungarn an. Während im Juli des Jahres „nur“ jeweils 1000 bis 1500 Personen pro Tag an der Grenze zu Serbien aufgegriffen wurden, stieg die Zahl immer weiter

an und lag zuletzt zeitweilig sogar bei über 3000. Pro Tag, wohl gemerkt. Damit war auch der eigentliche Plan der ungarischen Regierung, möglichst viele der Flüchtlinge über einen längeren Zeitraum zu inhaftieren und damit einen Abschreckungseffekt zu generieren, obsolet. Es fehlten schlichtweg die Kapazitäten, um Zehntausende längerfristig zu inhaftieren; die Flüchtlinge wurden nach ein paar Tagen frei gelassen und reisten weiter nach Budapest. Die beiden großen Budapester Bahnhöfe, Keleti und Nyugati, entwickelten sich bereits seit Anfang des Jahres zur Drehscheibe, an der die Weiterfahrt organisiert wurde. Diese gelang im Regelfall im Rückgriff auf „Schlepper", die Autotransporte nach Österreich und weiter organisierten. Laut unseren Quellen lag der Preis dafür bei etwa 200 Euro pro Person. Allein dieses relativ billige und ausreichend vorhandene Angebot führte dazu, dass nur einige Dutzend oder zeitweilig auch mal Hunderte Flüchtlinge an den beiden Budapester Bahnhöfen präsent waren. Aber nie mehr. Die informell organisierte Weiterwanderung funktionierte relativ reibungslos. Diese Einschätzung wird auch dadurch belegt, dass in den bayerischen und österreichischen Gefängnissen gegenwärtig Hunderte „Fahrer" inhaftiert sind und auf ihre Prozesse wegen angeblicher Schlepperei warten.

Gerüchte und unintendierte Konsequenzen

Am Dienstag, den 25. August 2015 verlautete aus dem deutschen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF), dass Deutschland bis auf weiteres Dublin-Rücküberstellungen von syrischen Flüchtlingen aussetzen werde. Wie sich herausstellte, handelte es sich dabei nur um eine interne Richtlinie ohne rechtliche Bindung, die im BAMF auch noch umstritten war. Dennoch sprach sich die Nachricht in kürzester Zeit unter den syrischen Flüchtlingen herum. Alle Versuche der Bundesregierung, die Maßnahme zu relativieren, kamen zu spät: Deutschland wurde zum Zielland Nummer Eins in Europa.

Am Donnerstag, den 27. August entdeckte die österreichische Polizei 71 Leichen von Flüchtlingen in einem LKW, der an einem Autobahnparkplatz südlich von Wien abgestellt war. In Folge dessen intensivierte die österreichische Polizei die Fahndung nach „Schleppern". Spätestens ab Montag, den 31. August kam es deswegen zu massiven Polizeikontrollen auf den Autobahnen, die von Ungarn nach Österreich führen, es bildeten sich Rückstaus von bis zu 50 km Länge. Die „Schlepper" stellten ihre Tätigkeiten nachvollziehbarerweise weitestgehend ein.

Die ungarische Polizei hinderte zugleich Flüchtlinge daran, internationale Züge zu besteigen. Erst dadurch wuchs das informelle Camp am Bahnhof Keleti auf mehrere Tausend an.

Am Montag, den 31. August sprach sich das Gerücht herum, dass Deutschland die in Ungarn gestrandeten Flüchtlinge per Sonderzug abholen würde, während die ungarische Polizei sich komplett vom Bahnhof zurückzog. Ein Run auf die Züge (#trainofhope) setzte ein, im Laufe des Tages konnten mehrere Tausend Flüchtlinge Ungarn verlassen und kamen ein paar Stunden später in Wien und bald auch in München an. Österreich unternahm nichts, um die Flüchtlinge aufzuhalten, auch Flüchtlinge, die an den Wiener Bahnhöfen auf ihre Weiterreise warteten, wurden nicht aufgehalten.

Es ist davon auszugehen, dass Deutschland und Österreich spätestens jetzt hinter den Kulissen immensen Druck auf Ungarn ausübten. Der österreichische Bundeskanzler Faymann mahnte Ungarn sogar öffentlich, seinen Verpflichtungen nachzukommen. In Folge dessen sperrte die ungarische Polizei am Dienstag, den 1. September, den Budapester Bahnhof für Flüchtlinge, von denen sich immer noch mindestens 3 000 am Bahnhof aufhielten und die immer mehr wurden.

Diese Situation hielt bis Donnerstag, den 3. September an. An diesem Tag wurden alle internationalen Zugverbindungen ausgesetzt, den Flüchtlingen wurde jedoch mitgeteilt, dass sie mit Regionalzügen an die österreichische Grenze fahren könnten. Doch der erste Zug mit rund 600 Flüchtlingen wurde 35 km außerhalb von Budapest in einem Ort namens Bicske aufgehalten und von Polizei umstellt. Dort befindet sich eines der ungarischen Flüchtlingslager, in welches die Polizei die Insass_innen des Zuges transportieren wollte. Diese weigerten sich jedoch und verharrten rund 30 Stunden in dem Zug. Gleichzeitig verbreitete sich die Nachricht von der Finte, woraufhin keine weiteren Flüchtlinge in Züge stiegen.

Am Freitag, den 4. September kam es zum bisherigen Höhepunkt dieses Kampfes um Bewegungsfreiheit. Wie schon am Vortag angekündigt brachen mehrere tausend Flüchtlinge am frühen Nachmittag zu Fuß auf, um sich auf den 170 km langen Marsch an die ungarisch-österreichische Grenze. Ihr erklärtes Ziel: Österreich und Deutschland. Auch in Bicske machten sich rund 300 der am Vortag aufgehaltenen Flüchtlinge zu Fuß auf den Weg und liefen auf den Bahngleisen gen Westen. Schon am Morgen hatten weitere 300 in Röszke, nahe der ungarisch-serbischen Grenze, internierte Flüchtlinge den Zaun um das Lager überwunden, wurden aber später wieder von der Polizei festgehalten. Die am Bahnhof Keleti verbliebenen Flüchtlinge wurden am Nachmittag von ungarischen Hooligans angegriffen, konnten den Angriff aber zurückschlagen.

Der Marsch gen Westen, der sich schnell unter dem Hashtag #marchofhope herumsprach, kam relativ zügig voran und erreichte bald eine zweispurige Autobahn. Die Bilder des Marsches werden sicherlich in die Ikonographie dieses langen Sommers der Migration eingehen, eine lange Reihe von Menschen, die sich nach einer Woche des Ausharrens die eigene Mobilität wieder aneignen und kollektiv Budapest verließen. Unter dem Eindruck dieser Bilder und dem Wissen um das Scheitern einer repressiven Strategie erklärten Deutschland und Österreich, dass sie ihre Grenze öffnen und die Flüchtlinge aufnehmen würden, woraufhin die ungarische Regierung den Bustransport zum Grenzübergang organisierte. Über das Wochenende gelangten mindestens zehntausend Flüchtlinge nach Deutschland. Die Grenzen waren endlich offen.

Bewertung

Uns ist es wichtig festzuhalten, dass die von uns oben geschilderte Episode aus dem langen Sommer der Migration unterstreicht, wie durchlässig das Grenzregime schon vorher war, es aber erst die Störungen der Mobilität waren, die die Aufmerksamkeit darauf lenkten.

Nachdem die türkisch-griechische Grenze seit Monaten de facto geöffnet war, hatten sich schon in den letzten Monaten viele Menschen auf den Weg nach Norden gemacht. Griechenland beschränkte sich darauf, den Weitertransport der Flüchtlinge von den Ägäis-Inseln an die mazedonische Grenze zu gewährleisten. Mazedonien und Serbien ließen den Transit der Flüchtlinge zu, und auch in Ungarn wurde nicht allzu engagiert gegen die informellen Logistiker der Flucht, die die Weiterreise nach Deutschland organisierten, vorgegangen. Es war wie ein unausgesprochener Pakt der Transitländer: Weitergehen, hier gibt es nichts zu sehen.

Die erste Störung setzte jedoch ein, als Mazedonien im August kurzzeitig, und erfolglos versuchte, die Grenze zu Griechenland zu schließen. Dies führte zu einem Stau, der sich einige Tage später in einer verstärkten Ankunft in Ungarn manifestierte. Sicherlich hatte auch die angekündigte baldige Fertigstellung des ungarischen Zauns dazu beigetragen, dass noch einmal vermehrt Flüchtlinge den Grenzübertritt versuchten. Doch erst die effektive Blockade des ungarisch-österreichischen Abschnitts ließ die Situation in Ungarn in einer Art und Weise eskalieren, dass nun die zeitweilige, wenn auch vollständige Suspendierung des Grenzregimes im Inneren notwendig wurde.

Allgemein, dies sehen nicht nur wir so, wird der Sommer der Migration (aka „europäische Flüchtlingskrise") als Krise des europäischen Projekts gesehen. Leider äußert sich diese Einsicht weniger in einer grundsätzlichen Kritik am Schengener Grenzregime und der Dublin-Verord-

nung, als in einem geschichtsvergessenen Appell an die EU-Mitgliedsstaaten, sich nun endlich solidarisch zu zeigen und eine gemeinsame europäische Lösung zu finden. Dabei wird so getan, als wären erst 2015 das Sankt-Florians-Prinzip und das Recht des Stärkeren in die europäische Migrationspolitik eingezogen.

Der kurioseste Aspekt ist wahrscheinlich das komplette Unvermögen der ungarischen Regierung, eine humanitäre Katastrophe im Zentrum der Hauptstadt zum eigenen Vorteil auszuspielen. Statt mit Verweis auf die eigene geographische Lage, die begrenzten Ressourcen und das schützenswerte menschliche Leben Konzessionen von Europa zu fordern, polterte Viktor Orbán durch Europa und ließ seinem Rassismus und Chauvinismus freien Lauf. Als paradoxe Konsequenz steht nun Ungarn für den lieblosen Versuch, die Regeln des europäischen Grenz– und Migrationsregime aufrechtzuerhalten, am Pranger, während Deutschland trotz seiner Rolle als Architekt und Triebkraft eben jenes Gebildes nun für sein humanitäres Handeln weltweit gelobt wird.

Der zweifellos schönste Aspekt ist jedoch, dass mit den Flüchtlingen aus Syrien auch die ursprüngliche Kraft und Hoffnung des arabischen Frühlings ein zweites Mal nach Europa gekommen ist und die Grenzen herausgefordert hat. Der Rhythmus und die Entschlossenheit der Parolen, die über Tage hinweg gegen die Polizeikette am Haupteingang des Budapester Bahnhofs gerufen wurden, wirkten seltsam vertraut. Und auch das Bild des Einbeinigen, der mit einem Foto von Angela Merkel um Hals den Marsch nach Österreich anführte, lesen wir keineswegs als Selbstviktimisierung, sondern im Gegenteil: Es ist vielmehr Ausdruck einer unglaublichen Entschlossenheit, das Ziel zu erreichen, zur Not eben zu auch Fuß und mit nur einem Bein. Diese Entschlossenheit traf in den letzten Tagen auf mehr und mehr Unterstützer_innen in ganz Europa, die über Facebook und Twitter Hilfe jenseits des Staates organisieren. Bis hin zum Aufruf zum kollektiven, offen praktizierten Menschenschmuggel, dem am Sonntag, den 6. September tatsächlich 140 Autos aus Wien folgten, unbehelligt von der Polizei.

Angesichts der vielen Flüchtlinge, die immer noch in Griechenland sind, oder dort gerade erst ankommen, ist davon auszugehen, dass es die nächsten Wochen und Monate so weiter gehen wird. Die Grenzen sind offen, das Grenzregime ist in der Defensive. Doch die Strategen in Brüssel und Berlin arbeiten schon an den nächsten Volten, dies ist klar. Eine EU-weite Liste so genannter „sicherer Herkunftsstaaten“, große Internierungslager an den Grenzen der EU (innerhalb, denn auch der Traum der Externalisierung scheint erstmal auf Eis gelegt), ein Verteilungssystem nach Quoten, was aber nur als Überdruckventil für Dublin, nicht dessen Ersatz darstellen soll und alles in allem mächtigere, zentrale europäisierte Institutionen des Asyls und des Grenzschutzes. Das europäische Grenzregime wird nach diesem Sommer anders aussehen, aber vor allem bleibt die Botschaft, dass es überwunden werden kann. Auch dies wird sich sicherlich bald wiederholen.

Ein beeindruckender Film über den #marchofhope: We walk together – A Syrian family’s journey from Hungary to Germany

Bernd Kasparek und Marc Speer
8. September 2015
Bernd Kasparek und Marc Speer arbeiten für den Verein bordermonitoring.eu.

70 Jahre nach der Befreiung von Faschismus und Krieg

Erklärung der VVN-BdA zum Antikriegstag 2015:

Am 1. September 1939 begannen zugleich die beiden Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus, die untrennbar miteinander verbunden sind: Vernichtungskrieg und Holocaust. Solange die Ostfront hielt, brannten die Krematorien in Auschwitz und allen anderen Vernichtungslagern.

Nach den bitteren Erfahrungen, dass Deutschland zum zweiten Mal in einem halben Jahrhundert Europa mit Krieg überzogen hatte, wurden 1945 im historischen Potsdamer Abkommen Regelungen getroffen, die sicherstellen sollten, dass nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen sollte. Im Artikel 139 fand diese Gesetzgebung Eingang ins Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Den seit 1945 geltenden Prinzipien widerspricht der Wiedereintritt Deutschlands in die Reihe der Krieg führenden Länder. Wesentliche Teile der deutschen Eliten setzen unter dem Motto „Neue Macht – neue Verantwortung“ auf weitere Militarisierung der deutschen Außenpolitik. In den nächsten Jahren soll der Rüstungshaushalt auf 35 Mrd. Euro erhöht werden.

Die neuen deutschen Weltmacht-Ambitionen werden bestärkt, indem USA und NATO verlangen, dass Deutschland die USA in der Rolle als Weltordnungsmacht unterstützt, um im Gegenzug eine stärkere Berücksichtigung „deutscher und europäischer“ Interessen zu erlangen.

Schon heute sind die Folgen der globalen Interventionspolitik katastrophal. 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht, die meisten von ihnen fliehen vor Kriegen und deren Folgen. Auch dort, wo keine deutschen Soldaten an diesen Kriegen beteiligt sind, sind doch deutsche Waffen im Einsatz: die exzessiven Waffenexporte bringen den Produzenten Gewinn, bringen aber in weite Teile der Welt Tod, Elend und Verzweiflung.

Wir fordern eine Umkehr dieser Politik!

- Schluss mit den weltweiten Kriegseinsätzen der Bundeswehr. Gegen den Umbau der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee.
- Schluss mit den Rüstungsexporten. Wir brauchen Rüstungskonversion: zivile statt Rüstungsproduktion.
- Die Beschaffung von Kampfdrohnen wird gestoppt. Der Einsatz von Spionagedrohnen zur Überwachung der Bevölkerung wird untersagt.
- Das Verbot, die Ächtung und Vernichtung von ABC-Waffen werden eingeleitet. Abzug der US-Atomwaffen aus Büchel.
- Wir fordern offene Grenzen insbesondere für Menschen auf der Flucht vor Verfolgung und Not und die Wiederherstellung des Asylrechts in der ursprünglichen Fassung des Artikels 16 im Grundgesetz.

Nein zum Krieg!

Nato und Bundeswehr stoppen!

Bundessprecherkreis der VVN-BdA,
1. September 2015
http://www.vvn-bda.de/zum-antikriegstag-2015-70-jahre-nach-der-befreiung-von-faschismus-und-krieg/

Der Front National profitiert von hysterisch geführter Migrationsdebatte

Obwohl Chaos – oder viel eher der Anschein von Chaos – in der Partei herrscht: In einem Punkt sind alle Strömungen, Clans und Cliquen sich einig. Darüber nämlich, dass der Front National (FN) sich nach Kräften in die derzeit auf allen Kanälen laufende Debatte um Migrationspolitik und die EU-weit ausgerufene „Flüchtlingskrise“ einmischen müsse. Und dass er sich mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften gegen den „Tsunami“ (Marine Le Pen), gegen den Ansturm der „Barbaren“ (so wiederum Parteichefin Marine Le Pen am Abend des 14. und erneut am frühen Vormittag des 15. September 2015) zu stellen und jeglicher Neuzuwanderung von Migranten zu widersetzen habe.

Allem Anschein nach, und das ist das Schlimmste daran, werden seine Positionen auch durch einen relevanten Teil der öffentlichen Meinung honoriert. Zwar haben Umfragen stets nur einen relativen Aussagewert, denn es kommt bekanntlich immer stark darauf, wie die Frage genau gestellt worden ist. Dennoch drücken Umfrageergebnisse eine Tendenz, eine existierende Strömung innerhalb von Gesellschaften aus.

Sofern das Resultat einer Umfrage, das das Institut OpinionWays (im Auftrag der Gratistageszeitung ‚Metro News’ und des TV-Senders LCI) am Abend des Montag, 14.09.2015 vorstellte[1], auch nur näherungsweise zutrifft, muss es als höchst bedenklich gelten. Demnach erklären sich 51 % der Befragten „einverstanden“ mit dem Front National, weil dieser damit Recht habe, „eine unnachgiebige Position“ im Umgang mit den Neuzuwanderern „zu verteidigen“. Hingegen würfen ihm 48 % der Befragten einen „Mangel an Humanität /Menschlichkeit“ vor.

Derselben Umfrage zufolge unterstützen weniger als ein Drittel der Befragten – 32 Prozent – die aktuelle Regierungsposition, die darauf hinausläuft, eine Verteilung von Migranten im Zusammenhang mit der aktuellen „Flüchtlingskrise“ nach Quoten über die EU-Länder zu akzeptieren. Umgekehrt erklären sich demnach 66 % mit der Regierungsposition zum Thema „unzufrieden“, ohne dass die Gründe für diese Unzufriedenheit in der Umfrage näher benannt oder spezifiziert würden – so dass es gut sein kann, dass aller möglicher, aus anderen Ursachen resultierender Unmut gegenüber der Regierung, etwa auch ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik, sich genau an der Stelle „entlädt“. – Angela Merkel und François Hollande schlugen eine solche Quotenregelung zur Flüchtlingsverteilung anlässlich des EU-Sondergipfels vom Montag, den 14. September 2015 vor, konnten sich jedoch mit einer solchen Position nicht durchsetzen. (Insbesondere mehrer ost- oder mitteleuropäische Mitgliedsstaaten widersetzten sich diesem Vorschlag teilweise heftig. Aus ihrer – regierungsoffiziellen – Sicht kommt es vor allem darauf an, die „christlichen Wurzeln Europas“ zu wahren und zu verteidigen, nachdem diese nach den Jahrzehnten sowjetischer Präsenz endlich wieder ausgegraben worden seien.) Die französische Regierungsposition ihrerseits lief darauf hinaus, im Zeitraum von zwei Jahren insgesamt 200 000 Geflüchtete, die in den EU-Mittelmeerländern anstrandeten, auf die ganze EU zu verteilen, wobei Frankreich ‚großzügigerweise’ 30 750 Asylsuchende übernehmen würde. Bislang sind die Flüchtlingszahlen in Frankreich, etwa im Vergleich zur BRD, lächerlich gering. Im laufenden Jahr, das bereits als Rekordjahr gilt, wird mit 65 000 Asylanträgen in ganz Frankreich gerechnet – während die deutsche Bundesregierung die Zahl von 800 000 in ihrem Land aufgebracht hat.

Während in diesem Spätsommer 2015 die deutsche öffentliche Meinung in Sachen Umgang mit den Migranten und Flüchtlingen zeitweilig sehr gespalten schien, reagierte die französische Öffentlichkeit (sofern sie in den Medien Ausdruck findet) eher mit deutlichen Abschottungswünschen. Am Ausgang des Monats August und zu Anfang September, als die „Flüchtlingskrise“ auf ihre ersten Höhepunkte zusteuerte, erklärten sich – je nach Umfrage – 55, 56 oder 57 % gegen die Aufnahme zusätzlicher Geflüchteter [2]. Erst die eher emotional motivierten Reaktionen relativ breiter Kreise auf die Fotos des toten Dreijährigen Aylan Kurdi (oder, wie man inzwischen weiß, mit „richtigem“ Namen Aylan Shenu) ließen einen Teil der Öffentlichkeit umschwenken. Nunmehr sprach sich eine knappe Mehrheit von 53 % in Umfragen zeitweilig für die Aufnahme von weiteren Geflüchteten auf.

Wer war Aylan Kurdi? Die Leiche des dreijährigen Kindes war von türkischen Sicherheitskräften bzw. Helfern am Strand von Bodrum gefunden worden, nachdem ein Boot mit syrischen Flüchtlingen an Bord bei der Überfahrt auf die kaum zehn Kilometer entfernte griechische Insel Kos gekentert war. In ganz Europa rief die Veröffentlichung des Bildes am 3. September 2015 in breiten Kreisen Gefühlsäußerungen und Debatten hervor. Das rechtsextreme Presseimperium in französischer Sprache im Internet (mit seinen zahlreichen Onlinemedien: ‚François de souche’, ‚Riposte Laïque’, NDF.fr, ‚Médias presse info’, NOVOPRESS…) wird seitdem nicht müde, sich an dem Foto und seiner Wirkung abzuarbeiten. Alle möglichen und unmöglichen Details an dem Bild wurden herausgearbeitet, angeblich unterdrückte Informationen hervorgeholt: Der Vater des Kindes sei ein „Schlepper“ gewesen, statt Flucht aus dem Bürgerkrieg in Syrien/Kurdistan habe ihn lediglich der Wunsch nach einer kostenlosen Zahnbehandlung in Westeuropa motiviert. Und auf dem Originalfoto im Hintergrund sehe man – neben dem im Vordergrund stehenden Rettungskräften und dem toten Kind – teilnahmslos wirkende türkische Angler, eine wichtige Information, die durch die bösen Medien unterdrückt worden sei. FN-Chefin Marine Le Pen wiederum rief in ihrer Rede zum Abschluss der FN-Sommeruniversität in Marseille am Sonntag, den 6. September bezüglich des Fotos aus: „Ich, ich habe nicht geweint.“ Denn man dürfe sich durch die angeblich geschürte emotionale Kampagne nicht „das Denken verbieten lassen“.

In diesen Chor reihte sich auch der formal parteilose, jedoch mit FN-Unterstützung ins Amt gewählte rechtsextreme Bürgermeister von Béziers, Robert Ménard. Der frühere Linke und langjährige Vorsitzende von ‚Reporters sans frontières’ (RSF, „Reporter ohne Grenzen“) warf der Nachrichtenagentur AFP, die das Foto an französische Medien übermittelt hatte, aus den genannten Gründen „Bildmanipulation“ und „Propaganda“ vor. Am Montag, den 14. September wurde bekannt, die Agentur erwäge daraufhin nun eine Strafanzeige gegen das rechtsextreme Stadtoberhaupt.

Mehrere der rechtsextremen Bürgermeister – insgesamt fünfzehn Rathäuser werden seit März 2014 von Neofaschisten (vom FN sowie der Regionalpartei ‚Ligue du Sud’) regiert) stehen unterdessen auch in vorderster Front, um gegen den „Flüchtlingszustrom“ und Aufnahmewünsche zu agieren und agitieren. In „seiner“ Stadt, im südfranzösischen Béziers, begab Robert Ménard sich höchstpersönlich – umgeben von Kameras und Mikrophonen – zu einer syrischen Geflüchtetenfamilie und erklärte ihr wörtlich ins Gesicht: „Sie sind nicht willkommen!“ [3] Und er kündigte öffentlich seinen Vorsatz an, syrische Flüchtlingskinder nicht in öffentliche Schulen seiner Stadt aufzunehmen, was natürlich einen glatten und absoluten Gesetzesbruch darstellen würde. Ménard antwortete daraufhin wiederum, es sei besser und ehrbarer, wegen gesetzwidriger Diskriminierung (in seinem Munde ‚Bevorzugung und Schutz der eigenen Landsleute’) verurteilt zu werden, „als wegen Korruption“ wie viele etablierte Politiker. Der Bürgermeister von Beaucaire mit FN-Partei-

buch, Julien Sanchez, seinerseits begab sich auf eine Zusammenkunft von Bürgermeistern, bei welcher diese, auf freiwilliger Basis, über die Aufnahme von Geflüchteten diskutierten. 500 bis 600 Kommunen in Frankreich erklärten sich bislang aus freien Stücken zur Aufnahme von neuankommenden Flüchtlingen bereit. Sanchez war jedoch gekommen, um zu agitieren und die, wie er es erwartungsgemäß darstellte, Komplizen der Invasion" anzuprangern. Der Regionalpräfekt – also der juristische Vertreter des französischen Zentralstaats in der Region – versuchte daraufhin, ihm sein Redemanuskript aus der Hand zu entwinden. Die Nachricht von der verbalen Konfrontation und der kleinen Rangelei wurde in triumphalem Tonfall durch alle möglichen rechtsextremen Medien durchgereicht, Störenfried Sanchez wurde als Widerständler gegen die Invasoren und ihre politischen Freunde gefeiert.

Zum innerparteilichen Salat

Der große Clash blieb schlussendlich aus. Noch kurz vor Mittag am zweiten Tag der „Sommeruniversität" des französischen Front National (FN), die am 05. und 6. September 2015 in Marseille stattfand, sah es aus, als könne es alsbald „scheppern". Einige dem früheren Parteivorsitzenden Jean-Marie Le Pen („JMLP"), den der FN am 20. August des Jahres ausschloss, treu gebliebene Anhänger kündigten gegenüber der Medienöffentlichkeit an, sie würden den gewaltsamen Durchbruch auf das Gelände starten, falls der Alte nur dazu aufrufe. Beinahe wäre es am Sonntag, den 6. September dazu auch gekommen.

Unter die neofaschistischen Aktivisten hatten sich dabei, neben solchen des FN, aber auch Anhänger des PdF (‚Parti de la France', also „Partei Frankreichs") von Carl Lang gemischt. Bei ihm handelt sich um eine Splitterpartei, die im Februar 2009 vom vormaligen FN-Parteifunktionär Carl Lang – welcher im Herbst 2005 aus dem Amt als Generalsekretär des FN gedrängt worden war, u.a. weil er sich innerparteilich dem damaligen Aufstieg von „Cheftochter" Marine Le Pen widersetzte – gegründet wurde. Der PdF enthält auch offen antisemitische und quasi neonazistische Kräfte wie Thomas Joly, einen knapp Vierzigjährigen, der als Generalsekretär amtiert.

Derzeit nutzt der PdF die Gunst der Stunde, um den ideologischen „Verrat" und die „programmatische Aufweichung" der amtierenden Parteiführung des FN anzuprangern und den Wiederaufbau der „nationalen Rechten" ohne und jenseits von Marine Le Pen zu propagieren, um dabei auch bisherige Parteigänger des FN zu sich herüberzuziehen. Es zeichnet sich ab, dass enttäuschte FN-Anhänger vom JMLP-treuen Flügel in manchen französischen Regionen zusammen mit solchen des PdF auf einer „Dissidenten"-Liste zu den Regionalparlamentswahlen kandidieren könnten, die am 06. und 13. Dezember 2015 in ganz Frankreich stattfinden werden. Zwar dürfte es in manchen Regionen eher bei der reinen Ankündigung bleiben; es wird jedoch damit gerechnet, dass besonders in Ostfrankreich (in der künftigen Großregion, welche soeben aus den bisherigen Regionen Elsass, Lothringen sowie Champagne-Ardenne gebastelt worden ist) eine solche Liste tatsächlich antritt, um den dort als Spitzenkandidat firmierenden FN-Vizepräsidenten Florian Philippot zu piesacken. Und um ihm Stimmen abzunehmen, natürlich. Auch in Nordostfrankreich, wo Marine Le Pen als Spitzenkandidatin in der künftigen Superregion Nord-Pas de Calais plus Picardie auftritt, könnte es dazu kommen. Unwahrscheinlich ist hingegen das Antreten einer konkurrierenden rechtsextremen Liste gegen den FN in Südostfrankreich, obwohl dort „JMLP" als verhinderter Spitzenkandidat für die Region PACA (Provence, Alpen, Côte d'Azur) am Antreten für den FN gehindert wurde – Jean-Marie Le Pen dürfte jedoch auf seine Enkelin Marion-Maréchal Le Pen Rücksicht nehmen, die nunmehr die Liste anführt.

Im Vorfeld der diesjährigen „Sommeruniversität" seiner früheren Partei war Jean-Marie Le Pen, weil formal nicht mehr FN-Mitglied, bei der Veranstaltung in der Mittelmeerstadt zur unerwünschten Person erklärt worden. Doch am Samstag, den 05. September, parallel zur Eröffnung der Zusammenkunft seiner Ex-Parteifreunde, trommelte Jean-Marie Le Pen unweit vom Tagungsort seine eigenen Getreuen um die Mittagszeit in einem Restaurant zusammen.

Deswegen war sogar der paramilitärische, offizielle Ordnerdienst der Partei – das DPS (Département Protection – Sécurité, also „Abteilung Schutz und Sicherheit") seiner Aufgaben entbunden worden, zugunsten einer privaten Securityfirma, die freilich durch den seit seinen Studententagen bekannten Rechtsextremen Frédéric Chatillon geleitet wird. War doch der parteieigene Ordnerdienst jahrelang auf den alten Boss der französischen extremen Rechten eingeschworen worden, also Jean-Marie Le Pen, der den FN von seiner Gründung im Oktober 1972 bis im Januar 2011 geleitet hatte. Danach hatte er den Parteivorsitz an seine heute 47jährige Tochter Marine Le Pen abgegeben, glaubte jedoch, aus den Kulissen heraus nach wie vor die politische Kontrolle behalten zu können. Worin er sich, auf Dauer jedenfalls, getäuscht hatte.

Auch wenn „JMLP", wie Freund & Feind ihn allgemein nennen, nun auf den Versuch eines mit körperlicher Gewalt durchgesetzten Eindringens verzichtet hat: Er wird nicht klein beigeben. In Marseille kündigte er die Gründung einer eigenen politischen Formation unter dem Titel Rassemblement Bleu-blanc-rouge („Blauweiß-rote Sammlung", benannt nach den Nationalfarben der Trikolore) an, die jedoch innerhalb des FN parteiintern agieren können soll – die amtierende Parteiführung reagierte eher ablehnend denn mit Begeisterung auf diese Vorstellung.

Darüber hinaus will der inzwischen 87jährige nicht nur politisch und kampagnenmäßig, sondern auch juristisch gegen seinen nunmehr Parteiausschluss vorgehen. Bereits einmal hat er sich erfolgreich wieder in die Reihen der von ihm mit gegründeten „Bewegung" hineingeklagt. Am 4. Mai d.J. war er von seinen Mitgliedsrechten „suspendiert", also mit einem vorübergehenden Ausschluss belegt worden. Voraus ging der Streit um zwei Interviews mit ihm, die in der ersten und zweiten Aprilwoche erschienen waren. Darin hatte er erneut, wie mehrfach seit 1987, den Holocaust relativiert und so offen wie noch nie den Marschall Pétain, den Chef des mit NS-Deutschland zusammenarbeitenden Kollaborateursregimes von 1940 bis 44, in Schutz genommen. Der jüngeren Führungsgeneration gilt dies alles als heutzutage kontraproduktiv, man möchte sich lieber auf „zeitgemäße" Agitation gegen Einwanderer und insbesondere gegen eine „muslimische Bedrohung" konzentrieren.

Zugleich plante die Parteiführung, mittels einer Urabstimmung der Parteimitglieder den Posten des „Ehrenvorsitzenden", der eigens für Jean-Marie Le Pen geschaffen worden war, wieder abzuschaffen. Doch dann funkte die durch „JMLP" eingeschaltete Justiz dazwischen. Am 2. und 8. Juli sprach sie mehrere erstinstanzliche Entscheidungen zu seinen Gunsten, am 28. Juli erfolgte ihre Bestätigung im Berufungsverfahren. Jean-Marie Le Pen konnte demnach nicht auf Zeit ausgeschlossen werden, da der Zeitraum nicht befristet worden war, und auch der Ehrenvorsitz konnte nicht – wie geplant – auf dem Wege einer Urabstimmung per Brief oder e-Mail abgeschafft werden; stattdessen müsse satzungsgemäß ein Parteitag dafür einberufen werden. Jean-Marie Le Pen triumphierte und fuhr munter mit offenen Attacken gegen die aktuelle Parteispitze fort. Letztere richteten sich in besonders aggressiver Weise gegen den 33jährigen Vizevorsitzenden Florian Philippot, den er unter anderem aufgrund seiner (inzwischen auch in der Öffentlichkeit bekannten) Homosexualität gezielt angriff. Aber auch Bemühungen seiner Nachfolgerin Marine Le Pen, das Abschwören ihrer Partei vom offenen Antisemitismus demonstrativ zur Schau zu stellen., griff Jean-Marie Le Pen in Presseaussendungen und Videobotschaften systematisch an und auf.

Bernard Schmid, Paris

Fußnoten:

1 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2015/09/14/97001-20150914FILWWW00308-migrants51-de-francais-d-accord-avec-le-fn.php

2 http://www.francetvinfo.fr/monde/europe/migrants/une-majorite-de-francais-opposes-a-l-accueil-de-migrants-et-de-refugies_1067841.html und http://www.leparisien.fr/politique/sondage-pour-62-des-francais-les-migrants-sont-des-immigres-comme-les-autres-05-09-2015-5065393.php

3 Vgl., unter zahlreichen Quellen, bspw. http://www.lemonde.fr/politique/article/2015/09/14/le-maire-de-beziers-aux-refugies-vous-n-etes-pas-les-bienvenus_4756249_823448.html

Rottenburg: Container-Unterkunft abgebrannt

Brandursache noch unklar

In der Nacht von Sonntag auf Montag brach ein Brand in einer Container-Unterkunft in Rottenburg (Kreis Tübingen) aus. Die ca. 80 Bewohner/innen, die mehrheitlich aus den Balkanstaaten und Gambia kommen, konnten sich rechtzeitig retten, verloren aber ihre gesamte Habe. 6 Personen wurden verletzt, vier davon mussten im Krankenhaus behandelt werden. Die Flüchtlinge wurden noch in der Nacht in eine Sporthalle in Tübingen verlegt. Um die Ursachen des Brandes aufzuklären, braucht die 25-köpfige Ermittlungsgruppe nach eigenen Angaben ein paar Tage. Ein rassistischer Anschlag ist nicht auszuschließen. Nach Aussagen der Feuerwehr brach der Brand im 1. Stock eines Containers aus und griff aufgrund der Sogwirkung schnell auf andere Container über. Die Antifaschistische Aktion Tübingen ruft für 8.9. 19 Uhr zu einer Kundgebung und Demonstration am Bahnhof in Rottenburg auf.

Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 07.09.2015 ■

Tag des Flüchtlings 2015

„Refugees Welcome!“ ist das diesjährige Motto des Tag des Flüchtlings, der am 2. Oktober im Rahmen der Interkulturellen Woche stattfindet. Hoffnung macht: In Deutschland ist die Solidaritätsbewegung für Flüchtlinge so groß wie noch nie. Ehrenamtliche unterrichten Deutsch, sammeln Kleidung und organisieren Fahrdienste, Schülerinnen und Schüler verhindern Abschiebungen und Vereine organisieren Sport- und Freizeitaktivitäten.

Doch Willkommenskultur fährt gegen die Wand, wenn die politische Rückendeckung fehlt. Kommunal ist diese oft noch zu finden, doch auf Bundesebene gilt im Kern: Integration ist erst erwünscht, wenn der Aufenthalt gesichert ist. Isolation in großen Flüchtlingslagern, Hürden und Verbote beim Arbeitsmarktzugang und der fehlende Sprachkursanspruch verhindern die Integration. Gleichzeitig nehmen rechte Hetze und Gewalt gegen Flüchtlinge zu.

Zum Tag des Flüchtlings ruft PRO ASYL dazu auf, Flüchtlinge willkommen zu heißen und Integration zu ermöglichen. Unsere Botschaft: Flüchtlinge sind keine Last, sie sind eine Chance.

Quelle: http://www.proasyl.de 09.09.2015 ■

Recht auf Asyl ermöglichen, nicht weiter einschränken

„Statt Obergrenzen für die Aufnahme von Flüchtlingen abzustecken, muss man jetzt die Weichen stellen, damit die Flüchtlinge, die zu uns kommen, menschenwürdig empfangen und aufgenommen werden können“, sagt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, mit Blick auf die Prognosen von Vizekanzler Sigmar Gabriel zur Zahl der Flüchtlinge, die Deutschland in den nächsten Jahren aufnehmen könne. Jelpke weiter:

„An den EU-Grenzen, überall dort, wo Tausende Flüchtlinge darauf warten und hoffen, endlich in Europa anzukommen, statt weg- oder weitergetrieben zu werden, kommt es dieser Tage zu immer mehr Gewalt gegen Flüchtlinge. Schutzsuchende, die über Grenzübergänge oder von griechischen Inseln aufs Festland wollen, werden von Polizeikräften mit Knüppeln und Tränengas zurückgedrängt.

Wir sind humanitär und durch die Genfer Flüchtlingskonvention zu Aufnahme und Schutz von Flüchtlingen verpflichtet. Diese Menschen haben in ihren Herkunftsländern oft unsägliches Leid erfahren, nur um dann an den europäischen Grenzen auf Schlagstöcke und Stacheldraht zu stoßen. Deutschland muss seinen Teil dazu beitragen, diesen Menschen eine sichere Zuflucht zu gewähren, muss sie menschenwürdig aufnehmen und nachhaltig integrieren. Darauf sollte man sich jetzt konzentrieren. Das Recht auf Asyl kann nicht bereits vorab limitiert werden.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 08.09.2015 ■

Die Broschüre von PRO ASYL zum Tag des Flüchtlings kann bestellt werden unter: http://www.proasyl.de/de/home/tag-des-fluechtlings-2015/
Dort steht sie auch zum Download als PDF bereit

Europäische Flüchtlingspolitik auf dem Prüfstand

„Die EU hat in der Flüchtlingspolitik bislang auf ganzer Linie versagt. Es war völlig klar, dass im Sommer viele Flüchtlinge versuchen würden, über das Mittelmeer nach Europa zu kommen. Doch statt in ein effektives System zur Seenotrettung wurde in Abschottung und Grenzsicherung investiert. Dass die Länder an den EU-Außengrenzen mit der Aufnahme der Flüchtlinge überfordert sein würden, war ebenfalls lange abzusehen. Dennoch wurden bis heute keine tragfähigen Lösungen und Konzepte zur Aufnahme, Verteilung und Integration der Flüchtlinge erarbeitet. Diese Untätigkeit hat viele Flüchtlinge das Leben und die EU ihren Ruf als solidarische Staatengemeinschaft gekostet“, äußert sich Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, anlässlich der Rede von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zur europäischen Flüchtlingspolitik. Jelpke weiter:

„Wenn auf dem nächsten Flüchtlingsgipfel am kommenden Montag tatsächlich über ein europäisches System der Aufnahme und Verteilung von Flüchtlingen entschieden werden sollte, braucht es nachhaltige und verbindliche Konzepte, die vor allem die Bedürfnisse der Schutzsuchenden miteinbeziehen. Ein weiteres Festhalten am Dublin-System ist weder den Flüchtlingen noch den Staaten an den EU-Außengrenzen zuzumuten. Ein Schritt in die richtige Richtung wäre – wie von Juncker vorgeschlagen und von der LINKEN seit langem gefordert – Asylsuchende anzuerkennen und von Anfang an in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Forderung nach einer Erweiterung der sogenannten ‚sicheren Herkunftsländer‘ hingegen ist der ganz falsche Weg. So würde sämtlichen Flüchtlingen aus dem Westbalkan systematisch und pauschal das Recht auf Asyl aberkannt. Eine solche diskriminierende Ausgrenzung darf es im Asylrecht nicht geben.“

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 09.09.2015 ■

Andere EU-Länder stärker belastet als Deutschland

Der Osnabrücker Migrationsforscher Jochen Oltmer rät zu einer realistischen Sicht auf die steigenden Flüchtlingszahlen in Deutschland. Deutschland stehe im europäischen Vergleich im Verhältnis zur Einwohnerzahl durchaus nicht an der Spitze der Aufnahmeländer, sagte Oltmer am Montag dem Evangelischen Pressedienst. Zu den stärker belasteten Ländern gehörten noch immer die Staaten an den EU-Außengrenzen, Schweden und auch das zuletzt viel gescholtene Ungarn, sagte der Experte und forderte ein einheitli-

ches europäisches Asylsystem.

Die Tatsache, dass nach Deutschland nun wöchentlich Tausende Schutzsuchende kämen, sei nur der Ausgleich für das ungerechte Dublin-System, sagte der Professor für Neueste Geschichte, der zum Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück gehört. Die Regelung, wonach das Land für ein Asylverfahren zuständig ist, in dem der Flüchtling zuerst ankommt, habe die EU-Binnenländer jahrelang von Asylsuchenden abgeschottet: „Deutschland hat diese Regelung als mächtiger Akteur gegen den Widerstand anderer durchgesetzt und darf sich jetzt nicht wundern, wenn die Außenstaaten immer weniger Interesse verspüren, ihre Aufgaben zu erfüllen."

Die Lösung könne nur ein gemeinsames europäisches Asylsystem mit einheitlichen Standards zum Umgang mit Flüchtlingen und einheitlichen rechtlichen Vorgaben sein, sagte Oltmer. Eine europäische Flüchtlingsagentur sollte über Asylanträge entscheiden. Innerhalb Europas könnten die Asylsuchenden dann frei entscheiden, wo sie dauerhaft bleiben wollen. „De facto tun sie das jetzt schon. Sie ziehen dorthin, wo schon Verwandte oder Freunde leben. Nur wir versuchen, sie mit ungeheuer teuren Verteilermechanismen daran zu hindern", erläuterte Oltmer.

Quelle: www.migazin.de 08.09.2015 ■

Versagen bei Flüchtlingspolitik stärkt Nazi-Parteien

„Inzwischen scheint auch bei Verfassungsschutzchef Maaßen der Ernst der Lage angekommen zu sein: Das Versagen der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik stärkt den rechten Mob und führt zu einer Anti-Asyl-Hetze in Deutschland, die in immer brutalere und gemeingefährliche rassistische Straftaten mündet", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die aktuellen Äußerungen von Verfassungsschutzchef Maaßen zur wachsenden Gewaltbereitschaft von Rechtsextremen und die Auswirkungen der Flüchtlingskrise. Jelpke weiter:

„Entgegen der Auffassung von Maaßen tragen jedoch nicht nur rechte Parteien eine Mitschuld an der Radikalisierung der rechten Szene gegen Flüchtlinge. Es sind die mittlerweile gesellschaftsfähig gewordenen Hetzparolen, die die Flüchtlingspolitik in Deutschland derzeit prägen: Flüchtlinge werden als potentielle Asylschmarotzer und als Belastung für das deutsche Sozialsystem diffamiert. Statt die Verpflichtung zum Schutz von Flüchtlingen anzuerkennen und ernst zu nehmen, wird teilweise suggeriert, dass Deutschland sich vor ihnen schützen müsse. Diese diskriminierende und immer wieder offen zur Schau gestellte Haltung der Bundesregierung spielt den Nazis und dem rechten Mob in die Hände.

Insbesondere die Vorschläge der Union zum Umgang mit der sogenannten Flüchtlingskrise richten sich mehr gegen die Flüchtlinge, als dass sie etwas für sie tun. Immer tiefer wird die Kluft geschlagen zwischen den verschiedenen Flüchtlingsgruppen, Mindeststandards werden mit dem Argument der Eilbedürftigkeit untergraben, die Grundversorgung der Schutzbedürftigen wird statt als Selbstverständlichkeit als Anreiz dargestellt, und statt Fachpersonal sollen Bundesfreiwillige die Betreuung der Flüchtlinge übernehmen. Selbst eine Änderung des Grundgesetzes zur weiteren Einschränkung des Art. 16a GG steht im Raum – das ist keine Flüchtlingshilfe, das ist eine weitere Verstümmelung des Asylrechts. Die jetzige Untätigkeit der Bundesregierung bei der Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge basiert ganz klar auf einem politischen Unwillen."

Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 04.09.2015 ■

Flüchtlinge wohnen am besten in der Nähe der Mittelschicht

Je gemischter die Einheimischen mit Flüchtlinge wohnen, desto besser funktioniert das Zusammenleben. Stadtforscher empfehlen auch kleinere Wohneinheiten statt Massenunterkünfte. Container auf Parkplätzen oder umfunktionierte Turnhallen führten zu Konflikten.

Fehler bei der Städteplanung gefährden nach Ansicht des Kölner Stadtsoziologen Jürgen Friedrichs angesichts der vielen Flüchtlinge den sozialen Frieden in deutschen Städten. „Die Bereitschaft, Flüchtlinge aufzunehmen, wird wegen der für alle Stadtbewohner sichtbaren Unterbringungsprobleme in breiten Teilen der Bevölkerung sinken", sagte Friedrichs dem Evangelischen Pressedienst.

Am besten wohnten Flüchtlinge in Wohngebieten der Mittelschicht, sagte Friedrichs. „In der gut ausgebildeten Bevölkerung gibt es tendenziell weniger Vorurteile." Je gemischter die Einheimischen mit Flüchtlinge wohnten, desto besser funktioniere das Zusammenleben. Darauf sei die Gesellschaft angewiesen, „da wir davon ausgehen müssten, dass die Flüchtlinge aus den Krisengebieten dauerhaft hier leben". Von Vorteil seien auch kleinere Wohneinheiten statt Massenunterkünften.

Vor allem in Großstädten fehle aber der Wohnraum. „Günstiger Wohnraum ist dort auch ohne Flüchtlinge für ärmere Bürger zum Problem geworden." Die Kommunen hätten den sozialen Wohnungsbau stark zurückgefahren und „gleichzeitig die Unterkünfte aus Zeiten des Balkan-Krieges abgebaut". Dass viele Flüchtlinge nach Deutschland kommen, „hätte man aber spätestens vor zwei Jahren wissen und vorbereiten können, statt jetzt von einem Notfallplan zum nächsten zu stolpern", kritisierte Friedrichs.

Container auf Parkplätzen oder umfunktionierte Turnhallen führten zu Konflikten. „Der Einzelhandel sieht sein Geschäft bedroht, Eltern irgendwann die Schulqualität ihrer Kinder." Das verändere die generelle Stimmung Flüchtlingen gegenüber. Diese vermehrt in ostdeutschen Dörfern mit hohem Leerstand unterzubringen – wie es Baden-Württembergs Ministerpräsident fordert -, hält der emeritierte Kölner Professor wegen „der Fremdenfeindlichkeit eines Teils der Bevölkerung" für problematisch.

Sie auch dort unterzubringen, sei aber nötig, damit die Rechten nicht erfolgreich Ausländer aus der Region fernhalten können. „Insgesamt geht in Deutschland aber kein Weg an einem sozialen Bauprogramm vorbei", ist der Stadtsoziologe überzeugt.

epd/mig
Quelle: http://www.migazin.de 10.09.2015 ■

Klare Mehrheit für kommunales Wahlrecht für alle Ausländer

62 Prozent der Bundesbürger sind für das kommunale Wahlrecht für alle Ausländer. Selbst CDU-Wähler plädieren mehrheitlich für eine Reform. Der Landesintegrationsrat NRW sieht darin einen klaren Auftrag an die Politik.

Eine klare Mehrheit von 62 % der Wahlbevölkerung in Nordrhein-Westfalen spricht sich für die Einführung eines Kommunalwahlrechts für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländer aus; im bundesweiten Durchschnitt sind es 59 %. Außerdem erwarten 59 % der Befragten (in NRW und bundesweit), dass ein Ausländerwahlrecht die Identifikation und das Mitverantwortungsgefühl für die Kommune verstärken würde. Das sind die Ergebnisse einer infratest dimap-Umfrage, die im Auftrag des Landesintegrationsrates NRW und des Integrationsrates Köln durchgeführt wurde.

„Die Umfrageergebnisse sind ein starkes Signal der Bürger für mehr demokratische Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen", stellte der Vorsitzende des Landesintegrationsrates NRW, Tayfun Keltek, fest. „Die Migranten möchten am politischen Geschehen mitwirken, aber das bleibt ihnen verwehrt, wenn sie keinen deutschen Pass haben. Diesen Missstand kritisieren wir seit Jahren mit aller Deutlichkeit und drücken damit auch den Willen der Gesamtbevölkerung aus, das belegt die Umfrage eindeutig", so Keltek.

Fortsetzung Seite 13

Das beschlossen Union und SPD

Mehr Geld für die Länder, Beschleunigung der Asylverfahren, Verschärfungen bei Sozialleistungen sowie weitere Punkte. Das Maßnahmenpaket der Regierungskoalition im Überblick:

Länder und Kommunen brauchen bei der Flüchtlingsversorgung dringend Unterstützung. Immer mehr Menschen zieht es nach Deutschland, während sich andere EU-Staaten weigern, mehr Schutzsuchende aufzunehmen. Die Koalition hat sich in der Nacht zu Montag bei einem Krisentreffen auf Maßnahmen geeinigt, um die angespannte Situation zu bewältigen. Die wichtigsten Punkte im Überblick:

Unterstützung von Ländern und Kommunen

Der Bund plant für 2016 zusätzliche sechs Milliarden Euro für Flüchtlinge ein. Drei Milliarden Euro sind für den eigenen Haushalt vorgesehen. Weitere drei Milliarden sollen Länder und Kommunen erhalten.

Union und SPD versprechen, Ländern und Kommunen bei der Schaffung von Wohnungen verstärkt unter die Arme zu greifen. Liegenschaften des Bundes sollen schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitgestellt werden. Geprüft werden soll auch, ob durch Steueranreize der Neubau von Wohnungen auf angespannten Märkten gefördert werden kann.

Beschleunigung der Asylverfahren

Zur Unterstützung bei den Asylverfahren sollen in den kommenden drei Jahren 3000 zusätzliche Stellen bei der Bundespolizei geschaffen werden. Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) und die Länder sollen zudem eine Task-Force einrichten, die eine Beschleunigung der Verfahren zum Ziel hat und sich darum kümmern soll, dass die bereits zugesagten 2000 zusätzlichen Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge schnell besetzt werden.

Die maximale Aufenthaltsdauer in Erstaufnahmeeinrichtungen soll von drei auf sechs Monate heraufgesetzt werden. Asylbewerber aus Herkunftsländern, die in der Regel kein Asyl rechtfertigen, sollen nicht mehr in die Kommunen verteilt werden, sondern bis zum Ende des Verfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen bleiben und von dort zurückgeschickt werden. Der Bund will die Länder dabei unterstützen, die voraussichtlich nötigen 150 000 Plätze in den entsprechenden Einrichtungen zu schaffen. Bundesliegenschaften sollen dazu hergerichtet und den Ländern mietfrei zur Verfügung gestellt werden.

Albanien, Kosovo und Montenegro sollen auf die Liste sicherer Herkunftsstaaten aufgenommen werden. Asylverfahren für Menschen aus diesen Ländern können damit schneller abgeschlossen werden.

Verschärfung bei Abschiebung und Sozialleistungen

Die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen soll von sechs auf drei Monate reduziert werden.

Die Koalition will die Dauer der Residenzpflicht, die den Bewegungsradius von Flüchtlingen eingrenzt, wieder auf sechs Monate heraufsetzen.

In Erstaufnahmeeinrichtungen sollen wieder verstärkt Sachleistungen statt Bargeld ausgegeben werden. Geld soll maximal einen Monat im Voraus bezahlt werden. Für ausreisepflichtige Ausländer ohne Duldung sollen die Sozialleistungen reduziert werden.

Integration, Arbeitsmarkt und Freiwillige

Menschen aus Balkanstaaten sollen einen legalen Weg nach Deutschland erhalten. Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag geltenden Standards hat, darf einreisen.

Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber soll nach drei Monaten entfallen.

Die Mittel für Integration Asylsuchender auf dem Arbeitsmarkt sollen erhöht werden. Neben den Integrationskursen soll auch die berufsbezogene Deutschförderung mehr Mittel bekommen.

Im Bundesfreiwilligendienst sollen 10 000 neue Stellen im Bereich der Flüchtlingsarbeit geschaffen werden.

Europa und Herkunftsländer

Zur Bekämpfung von Fluchtursachen sollen die Mittel für Krisenbewältigung und -prävention im Haushalt des Auswärtigen Amts um jährlich 400 Millionen Euro aufgestockt werden. Das Geld soll unter anderem zur Unterstützung bei der Versorgung in Flüchtlingslagern der Krisenregionen verwendet werden. Im Entwicklungsministerium sollen die Mittel auf die Bekämpfung von Fluchtursachen konzentriert werden.

Die Koalition dringt auf eine grundlegende Reform der EU-Asylpolitik, die unter anderem eine gerechte Verteilung von Asylsuchenden in allen Mitgliedstaaten vorsieht.

Quelle: http://www.migazin.de 08.09.2015 ■

PRO ASYL fordert BI auf, Zugangsstatistiken offen zu legen

Die am 6. September 2015 beschlossenen Maßnahmen der Großen Koalition basieren auf einer fehlerhaften und interessensgeleiteten Analyse. Der Bund rechnet mit 800 000 Ankommenden, plant aber nur 150 000 winterfeste Plätze in Erstaufnahmeeinrichtungen, wo die Situation bereits jetzt angespannt ist.

Die Bundesregierung führt ihre Debatte um angeblich sichere Herkunftsländer weiter, obwohl die Zahl der Balkan-Flüchtlinge drastisch zurückgegangen ist. PRO ASYL sieht sich durch die aktuelle Analyse des UNHCR bestätigt: 85 Prozent der gegenwärtig in der EU ankommenden Flüchtlinge kommen überwiegend aus Syrien, Afghanistan und Irak. Die geplante Verlängerung des zwangsweisen Aufenthalts in der Erstaufnahme von drei auf sechs Monate wird eine Verschärfung der zum Teil jetzt schon menschenunwürdigen Zustände zur Folge haben.

PRO ASYL wirft dem Bundesinnenministerium eine Verschleierung von Informationen vor. „Die bundesweite Zugangsstatistik (EASY)1 muss offengelegt werden“, fordert Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Einem Bericht des Lokalteils der Frankfurter Rundschau vom 8. September 2015 zufolge ist die Zahl der Balkan-Flüchtlinge nach Angaben des Regierungspräsidiums Darmstadt auffällig zurückgegangen. Albanien liege nur noch auf Platz sechs der Herkunftsländer. PRO ASYL fordert Bundesminister de Maizière auf, den Ländern, den Kommunen und der Öffentlichkeit endlich die aktuellen Zahlen offen zu legen.

PRO ASYL hat bereits am 31. August vor Fehlplanungen und falschen Analysen gewarnt. Deutschland steht vor der Herausforderung, die überwiegende Mehrheit der ankommenden Flüchtlinge auf Dauer aufzunehmen und zu integrieren. Angesichts der Engpässe bei der Erstaufnahme ist die geplante Verdoppelung der Aufenthaltszeit genau das Falsche. Die Planungen vom 6. September 2015, 150 000 Erstaufnahmeplätze zu schaffen, sind angesichts des Zugangs von Flüchtlingen aus Syrien, Afghanistan und Irak bereits jetzt überholt. Der Bund muss endlich ein Integrations- und Aufnahmekonzept vorlegen, in dem alle kurz-, mittel- und langfristigen Aufgaben aufgelistet und durchfinanziert sind. Dazu gehören ein schneller Auszug aus Erstunterkünften, Schaffung von Wohnraum, Sprachförderung und Hilfestellungen bei der Arbeits- und Ausbildungssuche. PRO

→

Selbst CDU-Wähler für Ausländerwahlrecht

Wie aus der Umfrage außerdem hervorgeht, unterstützen auch die Wähler aller im Bundestag vertretenden Fraktionen die Forderung nach einem Kommunalwahlrecht. In NRW beläuft sich die Zahl der Unterstützer bei den Grün-Wählern auf 86 %, bei den CDU-Wählern immerhin noch auf 52 %. Die Zustimmung zum Ausländerwahlrecht bei Kommunalwahlen steigt mit höherem Haushaltseinkommen und höherem Bildungsgrad. Überdies sprechen sich insbesondere junge Menschen bis 29 Jahre (80 %) für die Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer aus.

EU-Ausländer haben bereits seit dem Maastrichter Vertrag von 1992 das kommunale Wahlrecht in Deutschland. Es sei nun höchste Zeit, dass dieses Recht endlich auch für alle anderen Menschen gilt, die in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt haben. Keltek weiter: „Die Umfrageergebnisse sind ein klarer Auftrag an die Politik, das Ausländerwahlrecht für Kommunalwahlen gesetzlich zu ermöglichen. In Nordrhein-Westfalen könnte dies schon bald über eine Änderung der Landesverfassung geschehen.

Breites Bündnis fordert Verfassungsänderung

Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund und weiteren Zusammenschlüssen hatte der Landesintegrationsrat im Oktober 2014 eine Kampagne zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer gestartet. Seitdem wird das Thema auch in den Kommunen intensiv diskutiert, und zahlreiche Integrations- und Stadträte haben Beschlüsse gefasst, die Kampagne des Landesintegrationsrates NRW zu unterstützen. Sie fordern die vom Landtag eingerichtete Kommission zur Reform der nordrhein-westfälischen Verfassung auf, die Einführung des kommunalen Wahlrechts auf die Agenda zu setzen und dem Landtag einen Vorschlag zur Änderung der Verfassung zu unterbreiten.

Quelle: http://www.migazin.de 24.08.2015 ■

ASYL wirft der Bundesregierung einen Zick-Zack-Kurs vor: Öffentliche Appelle für Solidarität und Hilfsbereitschaft werden konterkariert von Maßnahmen, die von einem Geist der Ausgrenzung und Abwehr zeugen. Vieles in den Beschlüssen steht in keinem Zusammenhang mit den Aufgaben, die aktuell bewältigt werden müssen. So führt beispielsweise die geplante Herabsetzung der Geltungsdauer von Duldungen von sechs auf drei Monate nur dazu, dass Geduldeten, die nicht abgeschoben werden können, Integrationsperspektiven verweigert werden.

Quelle: Presseerklärung www.proasyl.de 09.09.2015 ■

Keine Sonderlager für Balkan-Flüchtlinge!

Erstes Abschiebezentrum in Manching bei Ingolstadt eröffnet

Die bayerische Staatsregierung hat bei einer Kabinettsklausur massive Einschnitte in das Asylrecht beschlossen. Flüchtlinge aus Balkan-Staaten sollen in zwei grenznahen Sonderlagern untergebracht und dort innerhalb von wenigen Tagen abgefertigt werden. Die Anhörung im Asylverfahren soll spätestens drei Tage nach Ankunft stattfinden, die Ablehnung kurz darauf erfolgen. Die Verwaltungsgerichte sollen in den Sonderlagern Außenstellen eröffnen, um auch mögliche Klagen gegen Ablehnungsbescheide innerhalb weniger Tage ablehnen zu können. Die Betroffenen erwartet Arbeitsverbote, Sachleistungen und die völlige Isolation aufgrund der grenznahen Lage. Eine asylrechtliche Beratung ist so praktisch unmöglich und hindert Flüchtlinge daran, die rechtsstaatlich garantierten Rechtsmittel überhaupt nutzen zu können.

Diese Sonderlager wurden bereits Mitte Juni 2015 auf der bundesweiten Ministerpräsidentenkonferenz besprochen. Bayern macht sich nun daran, sie schnellstmöglich in Betrieb zu nehmen, denn „die asylpolitischen Maßnahmen zur Verringerung des Asylzustroms [dürften] nicht auf die lange Bank geschoben werden“, erklärte Ministerpräsident Horst Seehofer.

Am 1. September 2015 wurde nun das erste Abschiebezentrum in Manching bei Ingolstadt eröffnet. Insgesamt werden

DIE LINKE zu aktuellen Herausforderungen in der Asylpolitik – 10 Punkte

Die Zahl der Flüchtlinge ist mit 60 Mio. Menschen weltweit so groß wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Furchtbare Kriege und Vertreibungen, vor allem in Afrika, Nah- und Fernost, Menschenrechtsverletzungen und diktatorische Regime, extreme soziale Armut und Ausgrenzungs- und Verelendungsprozesse sowie Umweltzerstörungen zwingen immer mehr Menschen zur Flucht.

Obwohl nur eine Minderheit der Flüchtlinge die eigenen Staatsgrenzen verlässt, und obwohl es nur eine kleine Minderheit schafft, in den industrialisierten, wohlhabenden Ländern um Zuflucht nachzusuchen: Für Deutschland stellt die deutlich gestiegene Zahl von zuletzt prognostizierten bis zu 800 000 Asylsuchenden eine Herausforderung dar. Die menschenwürdige Aufnahme, Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen ist jedoch eine völkerrechtliche und humanitäre Pflicht, die das wirtschaftlich starke Deutschland in vorbildlicher Weise erfüllen kann und muss, solidarisch und unter strikter Achtung der Menschenrechte.

Wird die Aufnahme von Flüchtlingen positiv ausgestaltet, bietet der Schutz von Flüchtlingen viele positive Aspekte und auch Chancen für die Aufnahmegesellschaft. Dominieren jedoch der Abschreckungsgedanke und Initiativen zur Bekämpfung eines angeblich verbreiteten ‚Asylmissbrauchs‘, dann werden vorhandene Vorurteile, rechte Parteien und Parolen und Rassismus in der Bevölkerung noch verstärkt. Demgegenüber gilt es, die beeindruckende Vielzahl zivilgesellschaftlicher Akteure, Vereine und Personen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, systematisch zu stärken und zusammen mit ihnen für die gemeinsame politische Botschaft einzutreten: Flüchtlinge sind herzlich willkommen und erhalten eine würdige Aufnahme, ein faires Asylverfahren und Schutz. Langfristig entscheidend ist eine wirksame Bekämpfung der Fluchtursachen, nicht der Flüchtlinge, dies bedarf grundlegender Änderungen in der Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Die Bundestagsfraktion DIE LINKE. hat bereits im Januar 2015 in dem Antrag „Flüchtlinge willkommen heißen“ umfassende Vorschläge „Für einen grundlegenden Wandel in der Asylpolitik“ gemacht (Bundestagsdrucksache 18/3839). Die folgende Auflistung bringt diese Forderungen unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung und von Vorschlägen der LINKEN „Für eine Umkehr in der EU-Asylpolitik (Bundestagsdrucksache 18/4838) noch einmal auf den Punkt.

10 Forderungen

1. Menschenwürdige Flüchtlingsaufnahme in Verantwortung des Bundes – statt Überforderung der Kommunen
2. Neues Leitbild: Integration von Beginn an – statt ausgrenzender Gesetze
3. Gegen eine Einteilung in vermeintlich ‚gute‘ und ‚schlechte‘ Flüchtlinge
4. Gegen Lager und Zwangsverteilung – dezentrale Unterbringung und sozialen
5. Schnelle und faire Asylverfahren – das BAMF durch großzügige Sonderregelungen wieder arbeitsfähig machen
6. Aufnahmebereitschaft und zivilgesellschaftliche Initiativen stärken
7. Rassismus in der Gesellschaft aktiv und umfassend bekämpfen
8. Für eine grundlegende Reform der EU-Dublin-Verordnung
9. Für sichere und legale Einreisewege – das Massensterben an den EU-Außengrenzen beenden
10. Fluchtursachen statt Flüchtlinge bekämpfen

Quelle: http://www.linksfraktion.de/positionspapiere/10-punkte-papier-fraktion-linke-aktuellen-herausforderungen-asyl 04.09.2015

1500 Flüchtlinge im Raum Ingolstadt zusammengefasst, 500 davon in einer Kaserne am Rande Manchings. Ein weiteres Sonderlager soll in Bamberg folgen. Dass die bayerische Staatsregierung bald vermeintliche Erfolge der Abschreckungspolitik verkünden wird, ist zu erwarten. Denn längst ist die Zahl der Flüchtlinge aus den Balkan-Staaten zurückgegangen, was nicht veröffentlichte Zahlen des Registrierungssystems EASY belegen, die Pro Asyl gestern vorgelegt hat. Noch im Februar 2015 machten Flüchtlinge aus dem Kosovo mit 42,7% aller Zugänge die größte Gruppe aus, im Juli 2015 ist es, genau wie Bosnien-Herzegowina und Montenegro, nicht mehr unter den zehn wichtigsten Herkunftsländern. Lediglich aus Albanien gibt es weiterhin hohe Zugangszahlen (20,9% der Antragsteller im Juli), doch auch hier lassen Berichte aus den Transitländern bereits einen starken Rückgang vermuten.

Bayern will Balkan-Flüchtlinge in diesen Abschiebelagern unterbringen, um sie von der Gesellschaft fernzuhalten und zu isolieren. Ohne Zugang zu asylrechtlicher Beratung werden sie in Fließbandverfahren mit Ablehnungsvordrucken abgefertigt und außer Landes geschafft. Darüber hinaus hat Deutschland gegenüber Sinti und Roma, die einen großen Anteil an den Balkan-Flüchtlingen stellen, eine besondere historische Verantwortung. Das scheint der bayerischen Staatsregierung egal zu sein. Sie will die Nachfahren der Opfer des nationalsozialistischen Völkermords mit entwürdigenden Lebensbedingungen in großen Abschiebelagern abschrecken und vertreiben. Horst Seehofer tritt unsere historische Verantwortung mit Füßen! Bayern setzt die Diskriminierung von Roma fort, jedoch nicht mit körperlicher Gewalt und offener Anfeindung, wie auf dem Balkan, sondern mit der eiskalten Gründlichkeit deutscher Bürokratie.

Der Bayerische Flüchtlingsrat fordert deshalb: Keine Abschiebelager für Balkan-Flüchtlinge!

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 01.09.2015 ■

Flüchtlingsdebatte in Brüssel

PRO ASYL wirft der EU-Kommission und den EU-Staaten eine Politik der kollektiven Realitätsverweigerung vor. „Die Debatte um die Einrichtung von Aufnahmezentren (Hot Spots) an den EU-Außengrenzen sowie Verteilungsquoten und sichere Herkunftsländer trägt irreale Züge“, sagt Günter Burkhardt, Geschäftsführer von PRO ASYL. Mit den Plänen der EU-Kommission, die heute in Brüssel vorgestellt werden, droht die Festsetzung tausender Flüchtlinge in den EU-Außengrenzstaaten ohne Schutzperspektive.

In seiner heutigen Rede zur „Lage der Europäischen Union“ vor dem Europaparlament hat Jean-Claude Juncker die EU-Pläne zur Flüchtlingspolitik vorgestellt. Sie zeigen, dass hartnäckig verweigert wird, die Realität der aktuellen Fluchtbewegungen überhaupt wahrzunehmen – mit fatalen Folgen für Schutzsuchende. Mit dem Konzept der Hot Spots in Griechenland, Ungarn und Italien sollen tausende Flüchtlinge in Wartezonen entlang der EU-Außengrenzen festgesetzt werden. Der aktuelle Stand der Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen in den EU-Mitgliedstaaten zeigt, dass die angeblich vorgesehene Weiterreise in andere EU-Länder kaum erfolgen dürfte. Außerdem ist klar: Die gegenwärtig in Griechenland ankommenden und über die Balkan-Staaten weiterreisenden Flüchtlinge wird man nicht in den Grenzstaaten internieren können – es sei denn, die EU plant riesige Internierungslager, die das beschworene „Europa der Werte“ vollkommen unterminieren würden.

Der Kommissionspräsident will weiterhin auf Quoten für die Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU drängen. Mitte Juli noch war die EU-Kommission mit dem Ziel, 40 000 Flüchtlinge aus Griechenland und Italien umzuverteilen, gescheitert. Nach ernüchternden Verhandlungen zeigten sich die Mitgliedstaaten bereit, auf freiwilliger Basis rund 32 000 Flüchtlingen Relocation-Plätze anzubieten. Nun schlägt die Kommission vor, weitere 120 000 Flüchtlinge innerhalb der EU umzuverteilen. Aufnahmen sollen vor allem aus Ungarn und Griechenland erfolgen, ein kleinerer Teil aus Italien. Dass 120 000 ankommende Flüchtlinge nach einer Quote verteilt werden, ist unwahrscheinlich. Allein in Griechenland sind bisher über 250 000 Schutzsuchende in 2015 angekommen, so dass der Bedarf schon jetzt die in die Quotendiskussion eingebrachte Zahl weit übersteigt. Gleichzeitig soll weiterhin am Dublin-System festgehalten werden, das ersichtlich gescheitert ist.

Die Debatte um angebliche „sichere Herkunftsländer“, sowohl in Europa als auch in Deutschland, zeitigt immer empörendere Ideen. Die EU-Kommission zieht sogar in Erwägung, Länder wie die Türkei, in der aktuell ein de facto Bürgerkrieg wieder auflebt, oder Pakistan, wo religiöse Minderheiten massiv verfolgt werden, zu sicheren Herkunftsländern zu erklären. Die EU-Asylverfahrensrichtlinie sieht eine gemeinsame europäische Liste sogenannter „sicherer Herkunftsstaaten“ nicht vor. Wie in Deutschland soll auch auf EU-Ebene Stimmungsmache betrieben werden, die jeglicher sachlicher Grundlage entbehrt. Bedroht ist damit der Kern des Flüchtlingsrechts, die individuelle Einzelfallprüfung im Asylverfahren. Die meisten der über Serbien und Ungarn in die EU kommenden Menschen sind nach Einschätzung der Vereinten Nationen Flüchtlinge und haben damit ein Recht auf Asyl. Die meisten aktuell über die Balkanroute kommenden Schutzsuchenden kämen aus Syrien, Afghanistan und Irak, so UNHCR-Koordinator Vincent Cochetel am Dienstag. Rund 85 Prozent der Ankommenden seien Flüchtlinge und keine Wirtschaftsmigranten.

Quelle: Presseerklärung Pro Asyl 09.09.2015 ■

EU-Kommission will Verteilerschlüssel und schnellere Asylverfahren

Flüchtlings-Quoten, schnellere Asylverfahren, mehr Geld für Herkunftsländer: Die EU-Kommission hat umfassende Pläne zur Eindämmung der Flüchtlingskrise vorgestellt. Handeln sei das Gebot der Stunde.

Im Straßburger Europaparlament nahm der EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Mittwoch Stellung zu den gegenwärtigen Herausforderungen. „Keine Lyrik, keine Rhetorik. Das Gebot der Stunde ist es, zu handeln“, sagte Juncker. „Wir sprechen nicht von Zahlen, sondern von Menschen.“…

Einrichtung spezieller Aufnahmezentren

Da seit Mai bereits ein Konzept über die Verteilung von 40 000 Menschen vorliege, müsse nun die Zahl von 160 000 Aufnahmeplätzen erreicht werden, machte Juncker klar. Sein Vorschlag sieht vor, dass sich Regierungen aus „triftigen, objektiven Gründen“, zum Beispiel nach einer Naturkatastrophe, vorübergehend von der Ansiedlungspflicht freikaufen können. Von der Verteilung profitieren sollen die Außengrenzländer Ungarn, Griechenland und Italien, wo besonders viele Flüchtlinge unter harten Bedingungen ausharren. Die Umverteilung soll nach dem Willen Junckers kein einmaliger Schritt bleiben.

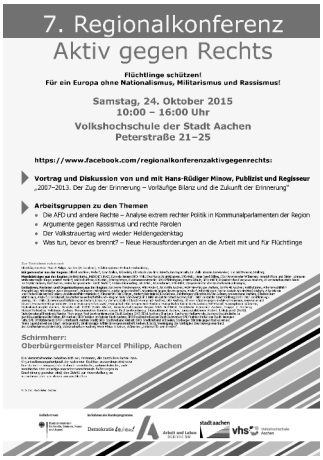
Umgesiedelt werden sollen allerdings nicht alle Ankömmlinge, sondern Menschen aus Syrien, Eritrea und dem Irak, deren Asylgesuche besonders hohe Erfolgsaussichten haben. Um die Menschen zu registrieren und ihre Nationalität festzustellen, soll in den Außengrenzländern die Einrichtung spezieller Aufnahmezentren („Hotspots“) vorangetrieben werden. Solche Zentren existieren derzeit in den sizilianischen Hafenorten Pozzallo, Porto Empedocle und Trapani sowie auf der Insel Lampedusa. Auch in der griechischen Hafenstadt Piräus ist ein Hotspot im Aufbau. Wer nicht aus einem der drei besonders kritischen Länder stammt, soll direkt im Außengrenzland ein Asylverfahren durchlaufen.

Ausführlicher auf: www.migazin.de 10.09.2015

7. Regionalkonferenz „Aktiv gegen Rechts“ in Aachen am 24.10.2015

Aam Samstag 24.10. findet in der VHS Aachen die 7. Regionalkonferenz „Aktiv gegen Rechts“ statt. Unter dem Motto „Flüchtlinge schützen! Für ein Europa ohne Nationalismus, Militarismus und Rassismus!“ diskutieren Menschen aus den verschiedensten demokratischen Organisationen und Parteien. Zur Teilnahme rufen zahlreiche Bürgermeister der Region auf. Schirmherr ist der Oberbürgermeister der Stadt Aachen.

Vormittags zieht der „Zug der Erinnerung“ eine Bilanz seiner Arbeit. Nachmittags wird in Arbeitskreisen über Rechte in Kommunalparlamenten, über den Umgang mit Flüchtlingen in Aachen und die Frage „Was tun, bevor es brennt?“ und über den Volkstrauertag als Heldengedenken diskutiert. Ein weiterer Arbeitskreis widmet sich dem Rassismus und den Gegenargumenten. *VVN-Bda Aachen* ■



Aufstand der „Wutbürger“

AFD, Christlicher Fundamentalismus, PEGIDA und ihre gefährlichen Netzwerke. Dokumentation des Gesprächskreises Rechts zu den Treffen in Halle und Rostock. Die Geschwindigkeit der Veränderungen am rechten Rand der Gesellschaft hat in den zurückliegenden drei, vier Jahren derart zugenommen, der Takt neuer, ins Kraut schießender Erscheinungen wie Pegida, HoGeSa, AfD, massiver Proteste gegen Geflüchtete und ihre Unterbringung, christlich-fundamentalistischer, antifeministischer, rassistischer, antimuslimischer und verschwörungswirrer Massenbewegungen halten uns in Atem.

Jede Veröffentlichung ist bereits beim Erscheinen in etlichen Aspekten überholt, neue Aspekte dieser rechten Formierung im Lande finden keine Erwähnung mehr und Ausblicke wagt im Moment ohnehin kaum noch jemand. Und doch ist der Bedarf an Analyse, Einschätzung und Dokumentation ebenso dringend wie die Erörterung der atemlos gestellten Frage nach dem: „Was tun?“ Argumentationshilfe, Handlungsoptionen, Hintergrundmaterial, wissenschaftliche Behandlung und politische Expertise sind zurzeit ein gefragtes Gut und schon deshalb haben wir uns entschlossen, Ergebnisse von gleich zwei hochinteressanten Folgen des Gesprächskreises Rechts (GK Rechts) in einem Heft zu präsentieren.

In Halle standen wir Anfang Dezember 2014 gerade unter dem ziemlich niederschmetternden Eindruck der parlamentarischen Raketenstarts der AfD im Europaparlament und drei ostdeutschen Landtagen (nicht ahnend, dass zwei weitere Wahlerfolge der AfDRechtspopulist_ innen in Hamburg und Bremen – also im Westen – kurz bevorstanden). Nicht mehr nur Anti-EU-Politik und antimuslimischer Populismus, sondern vor allem auch die Themen der „Anti-68er“ feierten fröhliche Urstände: Es geht gegen „Homo-Ehe“, Feminismus, zeitgemäßen Sexualkundeunterricht, Gender-Mainstreaming, Abtreibung und „Tugendterror“. Christlicher und evangelikaler Fundamentalismus gepaart mit völkisch- konservativem Familienpopulismus, Schwulenfeindlichkeit und Antifeminismus schießen zu einem rechtspopulistischen Cocktail rückwärtsgewandter Ideologeme zusammen, der jedem emanzipativ und antifaschistisch denkenden (und handelnden) Menschen bitter aufstößt. In Halle haben wir uns diesen rechts-reaktionären Kladderadatsch etwas genauer angesehen, darüber diskutiert und gemeinsam überlegt, was wir gegen diesen unappetitlichen Rollback tun können. Zumal schon zu diesem Zeitpunkt – Pegida nahm gerade erst Fahrt auf – davon auszugehen war, dass der Erfolg dieser Bewegung erst der Anfang eines tief in die Mitte der Gesellschaft reichenden rechts-konservativen Formierungsprozesses sein würde. Zwei der wichtigsten Lautsprecher dieser Bewegung, auch wenn sie sich ihr (noch) nicht zugehörig fühlen, nämlich Heinz Buschkowsky und Thilo Sarrazin, entstammen zum Beispiel keineswegs dem rechten bis völkischen Lager im Lande, sondern der Sozialdemokratie. […]

Inhalt:

Die frommrechte Revolte. Es herrscht Aufbruchsstimmung am rechten Rand in Deutschland unter christlichen Fundamentalist_innen, Lebensschützer_innen und Rechtspopulist_innen. Von Jennifer Stange

Feindbild „Genderismus“. Antifeministische Diskurse in der extremen Rechten. Von Juliane Lang

Das trojanische Zombie-Pferd. Fünf Thesen zu einer diskursiven Verschiebung im gegenwärtigen Antifeminismus. Von Sebastian Scheele

Die soziale Basis der AfD. Von der Partei des reaktionären Kleinbürgertums zur „Partei der kleinen Leute“? Von Sebastian Friedrich

Pegida: ein genuin ostdeutsches Protestformat? Aspekte und Fragen an eine Mobilizing Ressource. Von David Begrich

Pegida – das erste halbe Jahr. Eine kritische Zwischenbilanz

Nachtrag: Pegida und die Kommunalpolitik. Von Felix Korsch

Pegida und die Kleingärtner_innen der Gesellschaft. Was der Umgang mit Pegida über unser Demokratieverständnis sagen kann: Überlegungen zu gesellschaftlicher Ordnung und radikaler Demokratie. Von Stefan Kausch

Der Political-Correctness-Diskurs. Oder: Wie es rechten Ideolog_innen gelingt, Linke und Liberale zu verwirren und gegeneinander auszuspielen. Von Andreas Waibel

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Flüchtlinge: Die Guten ins Töpfchen...

Was wäre wenn…? zu fragen ist eigentlich müßig weil sinnlos, doch in manchen Fällen liegt die Antwort auf der Hand. Wäre die Sommer-Doppelausgabe des „deutschen Nachrichtenmagazins“ ZUERST! zwei Monate später erschienen, zeigte das Titelbild unter der signalgelben Überschrift „Sie kommen“ nicht „Afrikaner auf dem Weg nach Europa“ sondern syrische Flüchtlinge. Auch mit den rassistischen Stereotypen, die im Titelbeitrag von BERNHARD RADTKE, FALK TIEDEMANN und DORIAN REHWALDT sattsam vorkommen („Neger aus Somalia…“, „Flutung Europas“, „Überschwemmung Deutschlands mit Flüchtlingen“), wären die Autoren vermutlich sparsamer umgegangen – zumindest deutet darauf der Artikel von Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER hin.

Der verfolgt in diesem Fall allerdings nicht in erster Linie das Ziel, gegen Flüchtlinge mobil zu machen, ihm geht es um die Situation im Irak. Aus diesem Grund porträtiert er Emilio Ibrahim, den arabischen Christen aus Aleppo, den die völlige Zerstörung seiner Heimatstadt und die Furcht vor dem Terror der islamistischen Milizen ins hessische Exil trieb, so viel wohlwollender als seine Kollegen die AfrikanerInnen, die häufig wirtschaftliche Not aus ihrer Heimat vertreibt. Und doch plädiert Ochsenreiter, der sich seine journalistischen Sporen bei der „Deutschen Militärzeitschrift“ erwarb, keinesfalls für eine großzügige Aufnahme syrischer Flüchtlinge. Ein Widerspruch? Für den Autoren, der ja nicht zuletzt die rassistischen Haltungen seiner Leser(inne)n bedienen muss, scheint das keineswegs so zu sein:

„Wenn es um Deutschland und seine Asylpolitik geht, spart Emilio Ibrahim nicht mit Kritik. Doch nicht so, wie man es bei einem Flüchtling vielleicht erwarten würde. Ibrahim beschwert sich nicht über die Unterkünfte, er kritisiert nicht die Verpflegung oder motzt etwa über unfreundliche Beamte. Die eigentliche Tragik seiner Flucht von Aleppo nach Deutschland beginnt erst im Erstaufnahmelager in Gießen. ‚Es waren insgesamt etwa 600 Syrer dort‘, beginnt er zu erzählen. ‚Ich war zunächst froh über meine Landsleute, ich suchte nach anderen Christen‘. Doch schnell habe er feststellen müssen, dass er der einzige Christ dort war. ‚Und noch schlimmer: Ich habe die Gespräche der Leute gehört, die meisten sind Sympathisanten der islamistischen Banden.‘ Und Ibrahim setzt nach: ‚Deutschland importiert gerade ein großes Problem für die Zukunft.‘…‚Ich habe Sorge um Deutschland und die Menschen in diesem schönen Land‘, sagt Ibrahim ernst. Denn mit der derzeitigen Aufnahmepolitik würde man sich genau die Klientel ins Land holen, die eine Verantwortung für den Krieg in Syrien trägt, ist sich Ibrahim sicher. ‚Diese Menschen verachten Deutschland, sie verachten die deutsche Kultur. Sie nehmen die deutsche Gastfreundlichkeit gerne in Anspruch und fordern mehr, weil sie sich überlegen fühlen.‘“ Man darf gespannt sein, ob es eine Reaktion der Lerser(innen) gibt und wie sie ausfällt. Aus außenpolitischen Gründen für die Aufnahme bestimmter Flüchtlingsgruppen aus Syrien einzutreten (beispielsweise Christen, Alawiten, Jeziden, Kurden) bedeutet einen Bruch mit der bisherigen völkischen Linie des Blattes, in deren Mittelpunkt die prinzipielle Ablehnung von Migrant(inn)en stand.

Auch MICHAEL KLONOVSKY, Autor und früherer Redakteur des „FOCUS“ und Interviewpartner von ZUERST!, ist nicht prinzipiell gegen die Aufnahme von Einwanderern, er möchte sie allerdings aussuchen: „Man soll also mit dem Begriff ‚Flüchtling‘ gewählter umgehen, die meisten sind keine. Tatsächlichen Flüchtlingen gewährt man Asyl, weil sie an Leib und Leben bedroht sind, und das halte ich für angebracht, nicht wegen irgendeiner besonderen deutschen Verantwortung, wie gern gepredigt wird, sondern einfach aus Gründen der Zivilisiertheit. Zur Zivilisation gehören natürlich auch die Grenzen. An diesen Grenzen müssen robuste Männer den erwähnten Unterschied machen zwischen Zuwanderern, die Geist, Kultur und Aufstiegswillen mitbringen, und halbanalphabetischen Glücksrittern oder Kriminellen in spe, sonst können Sie die Zivilisation bald vergessen“. Kommen dürfen sollen die, die „uns“ (*wer immer das ist – tri*) nützen. Die Entscheidung, wer nützlich ist, soll nach zutiefst rassistischen Kriterien gefällt werden.

Eine ähnliche Position vertrat auch die AfD, zumindest solange ihr Chef Bernd Lucke hieß. CARSTEN FROMM berichtet über den AfD-Parteitag ist Essen und es wird schnell klar, auf wessen Seite er steht: „Über Wochen und Monate wurde ja seitens des ‚Weckrufes‘ und seiner Hauptakteure innerparteilich gehetzt, vorwiegend mit der sogenannten ‚Nazi-Keule‘“, zitiert Fromm wohlwollend den AfD-Landesvorsitzenden von Sachsen-Anhalt. Trotz der krachenden Niederlage des wirtschaftsliberalen Flügels um Lucke und Hans-Olaf Henkel konstatiert er: „Dabei kann von einem ‚Rechtsruck‘ keine Rede sein…. AfD-Vize Jörg Meuthen gilt zudem als Liberaler. Gegenüber der Badischen Zeitung stellte Meuthen klar: ‚Es gibt keinen Rechtsruck. Die AfD ist eine liberalkonservativ-bürgerliche Partei. Für alles andere stünde ich auch nicht zur Verfügung.‘“

Der ZUERST!-Kolumnist MANFRED KLEINE-HARTLAGE, offenbar ein Freund der deutlichen Aussprache, ist da ganz anderer Meinung und triumphiert: „Die Ablösung Bernd Luckes war für seine Partei ein Befreiungsschlag und für seinen publizistischen Doppelgänger Dieter Stein jedoch eine Blamage“. Auch wenn er das Wort „Rechtsruck“ nicht benutzt, beschreibt er genau diesen und charakterisiert deren Mitglieder sogar als in der Wolle gefärbte Rechte: „Für jeden, der in die AfD hineinhorchte, war mit Händen zu greifen, daß deren Basis gegen Masseneinwanderung und Islamisierung, gegen Gesinnungsgängelei (‚Political Correctness‘), gegen die Machtusurpationen der EU und gegen die Rolle Deutschlands als Vasall des US-Imperiums war. Für jeden war demgemäß auch die Kluft zwischen dieser Basis und einer Führung erkennbar, deren Konzept auf eine ‚CDU light‘ hinauslief“. Kleine-Hartlages Rat an die neue AfD-Führung zielt noch weiter nach rechts: „Auf die Tagesordnung gehört nicht der ‚Kampf gegen Rechts‘, sondern der Kampf gegen den Verrat der Eliten… Abgrenzung tut not – aber nicht gegenüber diesem oder jenem ‚Rand‘, der womöglich die Hälfte des Volkes umfaßt, sondern gegenüber den Herrschenden und ihnen sekundierenden vermeintlichen Oppositionellen, die im Zusammenhang mit der Entwicklung der AFD gewogen und für zu leicht, weil politisch korrumpierbar befunden wurden“. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370